Nr. 121. Halle (Saale), Mittwoch, den 24. Mai 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Hary 42/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Zu Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Hary 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Mai 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Givenchy griffen starke englische Kräfte mehrmals unsere neuen Stellungen an; nur einzelne Leute drangen ein und fielen im Nahkampf. Im übrigen wurden alle Angriffe unter sehr großen Verlusten für die Engländer abgewiesen, ebenso kleinere Abteilungen bei Hulluch und Blairville. — Südöstlich von Souvron, nordwestlich von Moulin-sous-Touvent und in Gegend nördlich von Prunay scheiterten schwache französische Angriffsunternehmungen.

Links der Maas wiesen wir durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer einen feindlichen Vorstoß am Südwesthange des Toten Mannes glatt ab. Thüringische Truppen nahmen das hart an der Maas liegende Dorf Cumières im Sturm. Bisher sind über 300 Franzosen, darunter acht Offiziere, gefangen. — Oestlich des Flusses wiederholte der Feind seine wütenden Angriffe in der Douaumont-Gegend. Er erlitt in unserem Feuer die schwersten Verluste. Vorübergehend verlorenen Boden gewannen unsere tapferen Regimenter fast durchweg zurück und machten dabei über 550 Gefangene. Die Kämpfe sind unter beiderseits sehr starkem Artillerieeinsatz im Fortgange.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Gegend von Pulkarn (südöstlich von Riga) vertrieben deutsche Truppen die Russen aus einem zwischen den beiderseitigen Linien liegenden Graben. 68 Gefangene fielen in unsere Hand. Von der übrigen Front ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Balkan-Kriegsschauplatz. Lage unverändert.

Verfolgungskämpfe in Südtirol.

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 23. Mai. Unsere Truppen rücken nun auch beiderseits des Sugana-Tals vor. Burgen (Borgo) wurde vom Feind fluchtartig verlassen; reiche Beute fiel in unsere Hand. — Das Grazer Korps überschritt die Grenze und verfolgt den geschlagenen Gegner. Das italienische Werk Monte Verena ist bereits in unserem Besitz. — Im Brand-Tal ist der Angriff auf die feindlichen Stellungen bei Chiesa im Gange.

Die Zahl der seit 15. Mai erbeuteten Geschütze hat sich auf 188 erhöht.

Unsere Seeflugzeuge belegten die Eisenbahnstrecke San Dona die Piave-Portogruaro mit zahlreichen Bomben.

Die Verfolgung der geschlagenen Italiener hat bereits größere österreichische Heeresteile auf italienischen Boden geführt. Der Vormarsch auf italienischem Boden hat auch die Luggastellung für die Italiener unhaltbar gemacht. Sie räumten den ganzen Abschnitt nördlich und südlich des Brentaflusses und gaben Bürgen preis, wo sie große Mengen Material zurückließen. — Ueber die Stellungen der Italiener, die nun in den Händen der Oesterreicher sind, gibt der Kriegsberichterstatter der Frkf. Ztg. die folgende Uebersicht: Die italienische Stellung zog sich von Val Astico (Astachtal) über die im Mittel 1400 Meter hohe Hochfläche von Lusern nach Norden, über Vezzena und den 963 Meter hohen Monte Carbonile bis an die Brenta. Aus diesem Raume wurden die Italiener gänzlich vertrieben. Ueber diese Stellung vorrückend, eroberten die österreichischen Truppen die 1908 Meter hohe Cima Vezzena, dann die 2051 Meter hohe Cima Manderiolo und die Höhen knapp im Westen der Grenze von dieser Bergespitze, den 1551 Meter hohen Campo Luserna, bis zum Astachtal. — Beträchtlichen Gewinn hat auch die unter Führung des Thronfolgers Erzherzog Karl Franz Josef stehende Heeresgruppe weiter erzielt. Sie hat die Linie Monte Tormeno — Monte Majo besetzt. Der 1293 Meter emporragende Monte Tormeno ist 8 Kilometer im Osten der gestern genommenen Cima dei Mesole (1726 Meter hoch) gelegen. Sie greift den inneren Vorgürtel von Arsino an, und das Grazer Korps hat ein an dem 2000 Meter hohen Monte Verna eingebautes italienisches Fort erstürmt.

Fast 48 Milliarden englische Kriegskosten.

Täglich 92 Millionen Mark.

London, 23. Mai. (Reuter.) Unterhaus. Asquith beantragte die Bewilligung eines Kredits von 300 Millionen Pfund Sterling (6 Milliarden Mark), bes 11. seit Beginn des Krieges, womit die Gesamtsumme auf 2382 Millionen (47 Milliarden und 640 Millionen Mark) steige. Die täglichen Ausgaben hätten einen Durchschnitt von 4 820 000 Pfund Sterling (96½ Millionen Mark) betragen, was den höchsten bisher erreichten Durchschnitt darstelle. Es sei aber möglich gewesen, sie auf 4 600 000 Pfund Sterling (92 Millionen Mark) zu vermindern. Das Anwachsen der Ausgaben habe seinen Grund hauptsächlich in den Anleihen an die Verbündeten.

Amerika gegen England. London, 23. Mai. (W. T. B.) Die Morning Post erfährt aus Washington, daß dem amerikanischen Botschafter in London die Antwortnote auf die letzte englische Note telegraphisch übermittelt worden ist. Die amerikanische Regierung stellt sich darin auf den Standpunkt, daß die Anhaltung und Beschlagnahme neutraler Postsendungen mit dem Völkerrecht und den in dieser Frage bestehenden besonderen Abmachungen nicht vereinbar seien. Dadurch werde jeder neutrale Handel, außer wenn er von England gebilligt werde, vereitelt.

Weitere Verurteilungen in Irland. London, 23. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es werden neun weitere Urteile des Militärgerichts in Irland gemeldet. In Dublin und in Wexford ist je ein weiteres Todesurteil ausgesprochen worden, doch wurden diese Urteile in 10 bzw. 5 Jahre Zwangsarbeit umgewandelt. Von den übrigen Angeklagten sind zwei in Dublin und fünf in Galway zu Gefängnisstrafen von einem bis zu zehn Jahren verurteilt worden.

Rumänisch-türkische Handelsabmachungen. Es sind Verhandlungen im Gange, welche den Abschluß eines rumänisch-türkischen Handelsvertrags nach dem Muster des mit den Mittelmächten geschlossenen bezwecken. Die Abgeordneten der rumänischen Importkommission in Konstantinopel haben mit den türkischen Unterhändlern bereits ein prinzipielles Uebereinkommen erzielt.

Friedensbemühungen.

Die New York World bringt folgende Meldung:

Vorigen Sonnabend deutete Präsident Wilson in einer seiner Reden an, daß die Zeit für Amerika, seine Dienste für Friedensvermittlung anzubieten, in die Nähe rückt. „Der Krieg", sagte er, „ist zum Stillstand gekommen, und bei Dingen, die mit Gewalt nicht zu bemeistern sind, müssen Beratungen einsetzen."

Und über Genf wird aus Madrid gedrahtet:

Depeschen, die König Alfons jüngst mit den Staatsleitern und anderen hervorragenden Persönlichkeiten der kriegführenden Staaten wechselte, gaben den Madrider Friedensfreunden Anlaß zu einer Propaganda, deren nächstes Ziel ist, den König zu veranlassen, Vertrauensmänner nach London, Paris, Wien, Berlin und Rom zu senden, um zu erkunden, unter welchen Bedingungen ein dritter Winterfeldzug in Europa vermieden werden könne.

Französisches Siegesgerede.

Die beiden Diktatoren Frankreichs, die Herren Briand und Poincaré, können es nicht lassen, immer wieder große Worte über Sieg zu machen. Im Gegensatz zu den Engländern Asquith und Grey lassen ihre Reden nichts von Verstehen, Verständigung oder Verhandlungen durchblicken, sondern immer wieder suchen sie das bedauernswerte französische Volk durch vorschnüzweise Siegesfanfaren aufzustacheln.

Paris, 23. Mai. (Agence Havas.) Beim Empfange der russischen Parlamentarier im Palais Bourbon hielt Ministerpräsident Briand eine Ansprache, in der er sagte: Diejenigen, die ihr Blut vergießen, fordern Zeugnis von uns. Daß wir den Krieg nicht gewollt haben, macht unsere Kraft aus. Wir tragen die Stirn hoch und haben ein reines Gewissen. Keine der Herausforderungen, die die Welt seit 25 Jahren gehört hat, ist von uns ausgegangen. Wir haben darauf mit dauerndem Suchen nach friedlichen Lösungen geantwortet. Das Wort „Frieden" ist eine Lästerung, wenn es bezeichnet, daß der Angreifer nicht bestraft werden soll, und daß Europa morgen Gefahr läuft, aufs neue der Willkür einer Militärkaste unterworfen zu werden, die von Hochmut und Herrschsucht trunken ist. (Lebhafter Beifall.) Der Friede wird aus unserem Siege hervorgehen. Der Friede muß auf das Völkerrecht begründet und von Bürgschaften gewährleistet sein, gegen die kein Land aufbegehren kann. Dieses Ideal macht die Größe unserer Aufgabe aus. Dieser Sieg kommt. Deutschland triumphiert nicht. Es scheint, daß es sich vor den Augen der Welt mehr und mehr erniedrigt, es lebt in Furcht, Angst und Gewissensbissen. Es ist die Macht des Ideals, welche wirkt. Das bedeutet für Deutschland den Anfang des Endes und für uns die Gewißheit, daß die Siegesstunde bald schlagen wird. Die Alliierten geben ihr Blut, ihre Männer und ihr Material an die gemeinsame Sache, und jetzt, meine Herren, wenden wir unsere Herzen und unsere Geister denen zu, die sich da unten schlagen und über denen der Ruhm schon aufleuchtet. (Langanhaltender Beifall.)

Bei dem Empfange der russischen Parlamentarier im Elysee hieß Poincaré sie willkommen und richtete eine Ansprache an sie, die das Bündnis mit Rußland zum Gegenstand hatte. Er sagte u. a., wie friedlich sein Ziel gewesen sei, habe sich bei Agadir und bei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina gezeigt, aber die Mittelmächte verfolgten im Geheimen die Verwirklichung ihrer kriegerischen Absichten. 1914 habe Oesterreich in dem Verbrechen von Serajewo, gewiß einem verabscheuenswerten Verb. aber einer Tat, für die die Oeffentlichkeit keinerlei Verantwortung trägt, die Gelegenheit dazu gefunden. Der Präsident sagte zum Schlusse: Selbst im Kriege bleiben wir nur zum Zwecke des Friedens vereint. Man zwang uns zu kämpfen, und so werden wir weiter tapfer kämpfen, bis wir durch den Endsieg das Recht wiederhergestellt und die Ruhe der Welt verbürgt haben.

Dem französischen Volke kommt die Regierung dieser Herrschaften teuer zu stehen, es opfert Blut und Gut — und will nicht sehend werden.

Aus der französischen Partei.

Die französische sozialdemokratische Partei hat durch ihren Sekretär Dubreuilh die Abgeordneten Pierre Brizon, Alexandre Blanc und Raffin-Dugens, die an der zweiten Zimmerwalder Konferenz teilgenommen haben, zur Verantwortung vor den Parteivorstand geladen.

Wie aus der Humanité vom 10. Mai hervorgeht, ist von dem französischen Verwaltungsausschuß (C. A. P.) folgende Erklärung veröffentlicht worden:

„Der C. A. P. in seiner Sitzung vom 9. Mai erklärt, daß die Sozialistische Partei keinem ihrer Mitglieder das Mandat gab, sie auf der Kienthaler internationalen Konferenz zu vertreten, die von den Organisatoren der Zimmerwalder Konferenz einberufen wurde."

Im Zusammenhang mit den Angriffen auf Brizon in der französischen Kammer ist sein Abschiedsbrief von Interesse, den er auf die Vorladung an den Parteisekretär Dubreuilh richtete. In dem Brief, der von Populaire du Centre am 16. Mai veröffentlicht wird, schreibt er:

„Wenn Ihr mir wegen Mangel an Disziplin den Prozeß machen wollt, so wird es mir nicht schwer werden, nachzuweisen, daß die Disziplinlosigkeit nicht bei mir, sondern bei Euch ist. Wenn ich nach Kienthal gegangen bin, so ist das Eure Schuld: weil Ihr Euch dem Zusammentritt des Internationalen Bureaus widersetzt habt. Und was tat ich dort? Nichts als die von Euch allen im Jahre 1908 unterschriebenen Beschlüsse der Stuttgarter Konferenz anzuwenden, die besagten: Im Falle trotzdem ein Krieg ausbrechen sollte, ist es Pflicht der Arbeiterklasse, dessen schleunigste Beendigung herbeizuführen. Ich bin in der Internationale geblieben; Ihr seid dem Nationalismus verfallen, wer ist der Schuldige? Ja, es ist richtig. Ich hatte kein offizielles Mandat, ich vertrat nur ungefähr 10 000 Familien und ungefähr 45 000 französische Sozialisten. Wir, mit all denen, die insgeheim für uns sind, waren aber nichts anderes als die wirkliche Majorität des französischen Proletariats in der sozialistischen Partei. Empfangen Sie die Versicherung meiner Gefühle für einen sofortigen und annexionslosen Frieden."

Zur Vereinsgesetz-Novelle.

Teilweiser Erfolg — oder zwecklose Demonstration? Vor diese Frage war die sozialdemokratische Fraktion gestellt, als sie beschloß, in der Vereinsgesetz-Kommission gegen Anträge zu stimmen, die sie selbst wiederholt im Reichstag eingebracht hatte.

In der Sache selbst war die Fraktion sich bereits im Dezember 1915 einig. Der Fraktionsvorsitzende, der gerade an dem Tage (21. Dezember) sein Amt niedergelegt hatte, erklärte, daß, wenn die in Aussicht gestellte Vorlage den Ansprüchen der Gewerkschaften genügt, davon abgesehen werden müsse, weitergehende Anträge zu stellen. Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, deren Führung der frühere Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion hat, liegen nun der Vereinsgesetz-Kommission Anträge vor, die sich mit denen decken, die von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt im Reichstag gestellt worden sind. Daß diese Anträge, wenn die sozialdemokratische Fraktion für sie stimmt, genau wie im Jahre 1915 in der Kommission wie im Plenum angenommen werden, ist sicher. Das Zentrum und die Linke des Reichstags sowie die Polen würden eine feste Mehrheit stellen. Das erscheint verlockend. Der Erfolg aber würde auf Kosten der Gewerkschaften und damit der großen Masse der Arbeiterschaft erzielt werden. Auch für die Antragsteller kann nach der Sachlage kein Zweifel darüber bestehen, daß mit der Annahme ihrer Anträge die Vorlage fällt. Durch die Forderung auf zeitgemäße Aenderung des Reichsvereinsgesetzes würde wiederholt den gewerkschaftlichen Organisationen die freie Betätigung, die ihnen durch die Vorlage ermöglicht wird, unterbunden.

Nicht die Gewerkschaften haben ihre Haltung geändert, sondern die Regierung hat mit der Vorlage einen Frontwechsel vollzogen. Sie erklärte 1908 eine Fassung des Reichsvereinsgesetzes für unannehmbar, nach der die Gewerkschaften sozialpolitisch hätten tätig sein können, ohne politische Vereine zu werden. Gegen ihre sozialpolitische und wirtschaftspolitische Betätigung sollten die Gewerkschaften kurz vor Kriegsausbruch zu politischen Vereinen gestempelt werden. Damit würde ihnen die Möglichkeit genommen sein, Jugendliche als Mitglieder zu haben. Die Jugend dem gewerkschaftlichen Einfluß zu entziehen, war der Zweck des Vorgehens der Verwaltungsbehörden und Gerichte.

Jetzt will die Regierung den Jugendparagraphen außer Kraft setzen, auch wenn sie in der bisherigen Weise weiter arbeiten. Dieser für die wirtschaftlichen Kampforganisationen erwachsende Vorteil erscheint der sozialdemokratischen Fraktion, die stets jeden, auch den kleinsten Fortschritt annahm, wenn damit den Interessen der Arbeiterklasse gedient wird, groß genug, um die Annahme der Vereinsgesetz-Novelle zu sichern. Sie hat deshalb, ohne auf die weitergehenden Forderungen und Ziele zu verzichten, beschlossen, in der Vereinsgesetz-Kommission wie im Plenum des Reichstags gegen ihre eigenen Anträge zu stimmen. Sie wird diese anscheinend ungewöhnliche Handlung durch folgende Erklärung begründen, die heute in der Vereinsgesetz-Kommission abgegeben wird:

„Das Gesetz wird bei richtiger Anwendung und sinngemäßer Auslegung durch die Verwaltungsbehörden und Gerichte den gewerkschaftlichen Organisationen und den Berufsvereinigungen der Angestellten und Arbeiter die Tätigkeit wesentlich erleichtern. Es kann unter dieser Voraussetzung der Versuch, der von mehreren Verwaltungsbehörden kurz vor Kriegsausbruch unternommen wurde, diese Vereinigungen wegen ihrer sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Betätigung den Vorschriften des Vereinsgesetzes über die politischen Vereine zu unterstellen, nicht wiederholt werden.

Diese Vorteile erscheinen uns wertvoll genug, um die Annahme der Gesetzesvorlage zu sichern. Wir glauben es der Arbeiterschaft gegenüber nicht verantworten zu können, durch die Zustimmung zu Anträgen, die über den durch den Gesetzentwurf beabsichtigten Zweck hinausgehen, die Vorlage zum Scheitern zu bringen. Wir werden deshalb gegen solche Anträge stimmen.

Damit erklären wir uns nicht gegen Sinn und Inhalt dieser Anträge, die wiederholt von uns selbst im Reichstage gestellt worden sind. Wir werden, wie die von uns eingebrachte Resolution zeigt, unmittelbar nach Erledigung dieser Vorlage mit Entschiedenheit dahin wirken, daß eine Aende-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160524-12/fragment/page=0001

rung des Vereinsgesetzes im Sinne der vorliegenden Anträge Nr. 1 und Nr. 8, Ziffer 1, erfolgt."

Die erwähnten Anträge decken sich mit der von der sozialdemokratischen Fraktion in der Vereinsgesetz-Kommission eingebrachten Resolution, die lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 vorzulegen, durch den

1. die Geltung landesrechtlicher polizeilicher Befugnisse über den im § 1, Absatz 2, des Vereinsgesetzes bezeichneten Umfang hinaus unbedingt ausgeschlossen wird;

2. aufgehoben werden:

2. a) die Bestimmungen über die Anmeldung und Ueberwachung politischer Versammlungen,

b) das Verbot des Gebrauches fremder Sprachen,

c) das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen;

3. die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen zu beschränken sind auf Vereine, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken."

Die sozialdemokratische Fraktion glaubt es den Gewerkschaften gegenüber schuldig zu sein, ihnen durch dieses Vorgehen eine freiere Betätigung zu sichern. Sie würde es nicht verantworten können, wenn durch das Scheitern der Vereinsgesetz-Novelle auf Jahre hinaus den Gewerkschaften die innere Festigung und äußere Ausdehnung erschwert würde.

Karl Legien.

•

Die Leipziger Volkszeitung sagt dazu: „Der Beauftragte der sozialdemokratischen Fraktion muß zugestehen, daß für die Verbesserungsanträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine sichere Mehrheit im Reichstage vorhanden ist. Und um diese Mehrheit zu zerstören, wird die sozialdemokratische Fraktion gegen sie stimmen. Weil sie fürchtet, die Regierung werde die Verbesserungen ablehnen und damit das ganze Zugeständnis an die Gewerkschaften zurücknehmen. Die sozialdemokratische Fraktion wird also der Welt das groteske Schauspiel bieten, daß sie gegen Anträge stimmt, die einst ihre eigenen waren, mit denen sie innerlich übereinstimmt, deren Durchführung sie nach wie vor von der Regierung fordert. Daß das ihre Stellung moralisch heben, ihr Ansehen befestigen wird, glaubt sie wohl selber nicht. Sie glaubt „Realpolitik" zu treiben, und treibt in Wirklichkeit eine sehr unpraktische Politik. Sie verzichtet darauf, die Regierung in eine Zwangslage zu bringen, sie verzichtet darauf, um das als notwendig Erkannte zu kämpfen, und begnügt sich bescheiden mit dem, was die Regierung zu bieten für gut hält. Daß solches Verfahren auch auf ihre Stellung in anderen Auseinandersetzungen mit der Regierung zurückwirken muß, daß es die Stärke ihrer Position beeinträchtigen muß, wenn sie Forderungen an die Regierung stellt, das müßte sie sich selbst sagen. Die Herren am Regierungstische werden nach dieser Erfahrung, daß die sozialdemokratische Fraktion sogar gegen ihre eigenen Ziele zu stimmen vermag, um einen Konflikt mit der Regierung zu vermeiden, wissen, daß sie mit einem „Unannehmbar" diesen Kämpfern leicht ein unübersteigbares Hindernis bereiten können, sofern sie nur ein kleineres Zugeständnis als Belohnung für den Verzicht auf weitergehende Forderungen gewähren. Das wird das dauernde Ergebnis dieser „Realpolitik" sein. Ob die Versöhnung, die den Gewerkschaften zuteil wird, auch vom Standpunkt der „Realpolitik" aus betrachtet, diese Preisgabe grundsätzlicher Forderungen, diese unwürdige Selbstverleugnung wert ist, das ist dabei noch sehr zweifelhaft. Wir haben allen Anlaß, diesem aus schönstem Kautschuk gefertigten Paragraphen, der die Gewerkschaften bewahren soll, für politische Organisationen erklärt zu werden, zu mißtrauen.

. . . Doch diese Erwägung steht erst in zweiter Linie . . . Die sozialdemokratische Fraktion nimmt eine wesentliche Aenderung der Taktik vor, die bisher von der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterschaft angewandt wurde. Die Arbeitsgemeinschaft hält an den bisher befolgten Regeln des Kampfes fest. Das deutsche Proletariat hat die Entscheidung zwischen den beiden Methoden."

•

Die Beratungen der Novelle.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Entwurfs einer Novelle zum Reichsvereinsgesetz setzte am Dienstag ihre Beratungen fort. Sie hatte den Genuß, Herrn Oertel (kons.) seinen in der ersten Sitzung begonnenen Obstruktionsfeldzug fortsetzen zu sehen. Er prophezeite für den Fall der Annahme des Gesetzentwurfs in langatmigen Ausführungen die schwerste Beeinträchtigung des Volkswohls. Er zitierte die Fortschrittler Kerschensteiner und Traub, die für Herrn Oertel urplötzlich Autoritäten geworden sind, weil sie gegen die Zulassung der Arbeiterjugend zu den Gewerkschaften eine gewaltige Abneigung haben. Zeitungsausträger, Kegeljungen und Backfische werden nach Herrn Oertel in Zukunft Einfluß auf die Verhandlungen der Gewerkschaften gewinnen. Diejenigen Anhänger der Vorlage, denen diese nicht weit genug geht, forderte Herr Oertel nachdrücklich auf, ihre Wünsche in Anträgen zum Ausdruck zu bringen. Ministerialdirektor Dr. Lewald hatte nämlich vorher wiederholt mit Bestimmtheit erklärt, daß jede Erweiterung der Novelle das Gesetz zum Scheitern bringen werde.

Genosse Landsberg suchte der Regierung klar zu machen, daß die Aufrechterhaltung des Sprachenparagraphen in einer Zeit, in der man eine polnische Universität in Warschau eröffnet habe und für die Gründung einer vlämischen Universität in Gent eintrete, sie der Lächerlichkeit überantworten müsse, und regt eine Fassung der Novelle an, die die Gewerkschaften in höherem Maße als der Entwurf gegen Schikanen der Verwaltungsbehörden und richterliche Willkür zu schützen imstande sei.

Ministerialdirektor Lewald erklärte, sich zu der Frage der Aenderung des Wortlauts der Novelle erst nach Stellung eines Antrags äußern zu können.

Gen. Quarck legte gegenüber der konservativen Befürchtung, daß die Zulassung der Jugend zu den Gewerkschaften zu einer Verwilderung der jungen Leute führen werde, an der Hand der Bildungsprogramme der Verbände der Lithographen, der Buchbinder, der Transportarbeiter und der Metallarbeiter dar, in wie hohem Maße die Gewerkschaften sich um die Förderung der Bildung ihrer jugendlichen Mitglieder und damit der Gesamtkultur verdient machten. Nicht die gewerkschaftlichen Bestrebungen brächten die Sittlichkeit der Jugend in Gefahr, sondern die Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen; ihre Verbesserung lehnten aber gerade die Konservativen hartnäckig ab.

Der Fortschrittler Dove und der Nationalliberale List erklärten übereinstimmend, daß sie das Zustandekommen der Novelle wünschten und, um sie nicht zu gefährden, alle weitergehenden Anträge ablehnen würden. Der letztere sprach übrigens namens seiner Partei aus, daß sie gegen die Beseitigung des Sprachenparagraphen sei. — Auch der Zentrumsabg. Becker, der sich von der Novelle namentlich für die christlichen Gewerkschaftsorganisationen Nutzen versprach, stellte sich auf den Standpunkt, daß alle Abänderungsanträge, so bedauerlich das Unannehmbar der verbündeten Regierungen sei, abgelehnt werden müßten. — Für einen Teil des Zentrums kündigte Frhr. v. Frankenstein die Ablehnung des Entwurfs an, da derselbe eine neue Gelegenheit zur sozialdemokratischen Beeinflussung der Jugend schaffe.

Schließlich erklärte Gen. Heine namens seiner Fraktion, daß diese, da sie das Gesetz nicht gefährden wolle, keine Abänderungsanträge stelle und alle von anderer Seite herrührenden Anträge auf Erweiterung des Rahmens der Vorlage ablehnen werde. Weitergehende Wünsche auf Beseitigung des Sprachenparagraphen, des Jugendparagraphen, des Ausnahmezustandes für ländliche Arbeiter habe die Fraktion in Resolutionen niedergelegt. Unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes werde sie den Kampf für einen weiteren freiheitlichen Ausbau des Vereinsgesetzes wieder eröffnen.

Festzustellen ist auf Grund der Erklärungen des Ministerialdirektors Lewald: 1. daß die Verbände der Staatsarbeiter und der Landarbeiter unter das Gesetz fallen, sich also in Zukunft mit sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Dingen beschäftigen dürfen, ohne Gefahr zu laufen, daß sie für politische Vereine erklärt werden;

2. daß Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, an öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen, selbst wenn sie sich nicht mit rein politischen, sondern mit sozialpolitischen oder wirtschaftspolitischen Angelegenheiten befassen, auch in Zukunft nicht werden teilnehmen dürfen.

Die Kommission dürfte ihre Beratungen am Donnerstag zu Ende führen.

Die Kriegsgewinnsteuer.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Dienstag ihre Beratungen fort. — Abg. Frhr. v. Gamp hielt zunächst eine lange Rede, um zu erreichen, daß die Aktien nicht zu einem Kurs eingesetzt werden, der schließlich die Aktionäre zu sehr belasten würde. — Staatssekretär Helfferich wendet sich gegen Wünsche dieser Art, die eine Abänderung des Besitzsteuergesetzes zur Voraussetzung hätten.

§ 3 will vom Vermögenszuwachs abziehen lassen: den Betrag des Vermögens, der durch Erbanfall entstanden ist. Dazu beantragen die Sozialdemokraten hinzuzufügen: „soweit ein solcher Vermögensbetrag an Abkömmlinge ersten und zweiten Grades, an Ehegatten, leibliche Eltern, sowie voll- und halbbürtige Geschwister fällt".

Diesen Antrag begründet Abg. Keil (Soz.) mit dem Hinweis darauf, daß kein Anlaß vorliege, lachende Erben zu schonen, die durch den Tod eines entfernten Verwandten auf dem Schlachtfeld unerwartet zu einer Erbschaft kommen, die ihnen unter normalen Verhältnissen kaum zugefallen wäre. — Staatssekretär Helfferich wendet sich gegen den Antrag, der die Erbschaftssteuer in das Gesetz hineinbringen wolle. Die Erbschaftssteuer sei, wenn entfernte Verwandte in Frage kommen, jetzt schon sehr hoch. — Abg. Blunck (Fr. Vpt.) wendet sich gleichfalls gegen den Antrag, der schließlich auf eine Konfiskation der Erbschaften hinauslaufen müsse. Redner bekämpft dann die Bestimmung des Gesetzes, wonach auch Vermögen, die aus dem Auslande hereinkommen, einer Besteuerung unterliegen sollen. — Staatssekretär Helfferich gibt die Zusicherung, daß in geeigneten Fällen weitgehende Rücksicht geübt werden soll. — Abg. Dr. David (Soz.): Wenn man den Vermögenszuwachs, der durch Erbschaften entsteht, von der Kriegsgewinnsteuer ausnimmt, so schafft man ein Ausnahmerecht. Es sollen die durch den Krieg an entfernte Verwandte fallenden, unerwarteten Erbschaften getroffen werden. Gegen diesen Antrag sind stichhaltige Gründe nicht vorgebracht worden. Viele dieser Erbschaften kommen so unerwartet wie ein Lotteriegewinn. Der Höchstsatz der Erbschaftssteuer von 30 Prozent dürfte praktisch noch nie zur Anwendung gekommen sein. Die gegenwärtige Erbschaftssteuer geht lange noch nicht weit genug. Wenn man jetzt nicht zugreift, wird man diese Gewinne nie wieder fassen können. — Staatssekretär Helfferich beharrt auf seinem Widerspruch.

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Mumm abgelehnt. Die §§ 3 und 4 werden dann angenommen.

§ 5 enthält die Bestimmung, daß auch Juwelen und Kunstwerke der Besteuerung unterliegen. Diese Besteuerung sollte nicht eintreten, wenn die Kunstwerke von lebenden deutschen Künstlern stammten oder von solchen Künstlern, die seit dem 1. Januar 1910 gestorben sind. Dieser Passus war in erster Lesung gestrichen worden. Nach dem Kompromißvorschlag, der angenommen wird, wird diese Bestimmung wieder eingefügt mit der Abänderung, daß als Datum: 1. Januar 1909 gesetzt soll.

Zu einer größeren Debatte kommt es wieder bei § 9 Ziffer 1, der die Skala für die Abgabe vom Vermögenszuwachs enthält. Die Sozialdemokraten haben dazu, wie bereits mitgeteilt, eine schärfere Skala beantragt. Dieser Antrag wird von Abg. Keil begründet. Die Beschlüsse der ersten Lesung waren zweckmäßig. Der Kompromißvorschlag nimmt keine Rücksicht auf die Höhe des Vermögensbestandes vor dem Kriege. Es wird kein Unterschied gemacht darin, ob und welches Vermögen der Besitzer der Kriegsgewinne vorher gehabt hat. Das führt zu Ungleichheiten, die der sozialdemokratische Antrag beseitigen will. Kriegsgewinne müssen um so schärfer besteuert werden, je größer das Vermögen ist, zu dem sie gekommen sind.

§ 9 Ziffer 2 enthält die Skala für die Besteuerung des nicht eingetretenen Vermögensverlustes. Der Kompromißvorschlag sieht eine Besteuerung von einem Prozent vor. Die Sozialdemokraten beantragen folgende Staffel:

1	vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 100 000 Mk. betrug,
1½	vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1912 weniger als 100 000—200 000 Mk. betrug,
2	vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 200 000—500 000 Mk. betrug,
2½	vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1912 weniger als 500 000—1 000 000 Mk. betrug,
3	vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 1 000 000—2 000 000 Mk. betrug,
3½	vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 weniger als 2 000 000—5 000 000 Mk. betrug,
4	vom Hundert, sofern das Vermögen am 31. Dezember 1913 mehr als 5 000 000 Mk. betrug.

Auch diesen Antrag begründet Abg. Keil, indem er besonders die Ungerechtigkeit hervorhebt, die darin liegt, daß kleine Vermögen stärker als große Vermögen gefaßt werden. Je größer das verbleibende Vermögen ist, desto weniger fühlbar ist die Abgabe, wenn sie gleichmäßig auf ein Prozent beschränkt bleibt. Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge würde beweisen, daß sich Regierung und bürgerliche Parteien schützend vor die besitzenden Klassen stellen. — Staatssekretär Helfferich bezeichnet die Anträge als nicht annehmbar. Die im Kompromiß enthaltenen Vorschläge würden recht fühlbar wirken. — Die sozialdemokratischen Anträge werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen. — Das Gesetz erhält die Bezeichnung: Kriegsabgabe.

Kriegsteuerungszulagen.

Die Kommission wandte sich dann dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung zu. Es liegen verschiedene Resolutionen vor, die Kriegsteuerungszulagen für die Reichsbeamten und Arbeiter fordern. — Staatssekretär Helfferich sichert wohlwollende Erwägung zu. Die Durchführung der Beschlüsse des Reichstags zum Besoldungsgesetz von 1914 könne er nicht in vollem Umfange zusagen. Doch wolle er in den nächsten Tagen die Besoldungsnovelle von 1914 wieder vorlegen. Weiter könne er nicht gehen.

Abg. Ebert (Soz.): Ich hätte gewünscht, daß die Regierung wegen der Berücksichtigung der Anträge, die eine Erhöhung der Einkommensgrenze für die Kinderzulagen und Gewährung von Teuerungszulagen an nicht etatsmäßig Angestellte und Arbeiter verlangen, eine bestimmtere Zusage gemacht hätte. Was in den Anträgen verlangt wird, ist dringend geboten. Dabei sollten auch die Aufsichtsbeamten berücksichtigt werden. Bedauerlich ist, daß die Besoldungsnovelle nicht nach den Beschlüssen des Reichstags vom 18. Mai 1914 durchgeführt werden soll. Die Vorlage ist damals wegen der Rücksichtnahme auf Preußen gescheitert. Wir halten die damaligen Reichstagsbeschlüsse nach wie vor für gerechtfertigt und müssen ihre baldige Durchführung verlangen. Wir wollen aber in der jetzigen Situation den alten Streit nicht wieder aufnehmen und stimmen deshalb dem Vorschlage der Regierung zu. — Staatssekretär Helfferich versichert nochmals, daß den Beamten gegenüber das große Wohlwollen geübt werden solle.

Die Etatsberatung war damit erledigt.

Mittwoch beginnen die Verhandlungen über die Ernährungsfragen.

Von der Tabaksteuer.

Die gestrige Meldung besagte nur, daß die Steuerkommission des Reichstages die Tabaksteuer am Montage angenommen habe. Aus dem heute vorliegenden Verhandlungsbericht sei folgendes mitgeteilt:

Beim Eintritt in die zweite Lesung der Tabaksteuervorlage bedauert Deichmann (Soz.), daß nun doch, entgegen den Beschlüssen erster Lesung, auch Tabak und Zigarren belastet werden sollen. Für Industrie, Handel und Arbeiter werde das eine schwere Schädigung bedeuten. Das einzige Entgegenkommen bestehe in der Aufnahme der Bestimmung über die Unterstützung arbeitslos werdender Arbeiter.

Molkenbuhr (Soz.) richtet an Mayer-Herford (natl.) die Frage, ob er sich bewußt sei, wie sehr durch die Kompromißvorschläge gerade die westfälische Tabakindustrie ins Hintertreffen gerät. Mayer entgegnet, er wisse das und stimme auch nur „unter großen Bedenken" zu. — Raute (Soz.): Mit Ihren Bedenken wird dem Tabakgewerbe nicht geholfen. Durch die Kompromißanträge wird der Mittelstand in der Tabakbranche direkt ruiniert. Es entsteht nunmehr ein längerer häuslicher Streit zwischen dem Fortschrittler Dr. Blunck und den Nationalliberalen Mayer-Herford und Schulenburg, die sich gegenseitig vorwerfen, daß bei den Kompromißverhandlungen der eine den anderen im Stich gelassen habe, als es galt, die westfälische Tabakindustrie besser zu schützen. Diese Familienszene, in der die Kompromißfreunde aus allen bürgerlichen Parteien versichern, daß sie große Opfer gebracht hätten, schließt mit der Erklärung Mayers, seine Freunde hätten den erhöhten Zollsätzen „nur im Interesse des Kompromisses" zugestimmt. — Die Zoll- und Steuersätze werden nach den Kompromißvorschlägen genehmigt.

Bei dem Kriegsaufschlag für Zigaretten begründet Antrid den sozialdemokratischen Antrag, die Zigaretten bis zu 1½ Pfg. und von 1½ bis 2½ Pfg. das Stück von dem Aufschlag freizulassen. Wenn in der vorausgegangenen Auseinandersetzung von den großen Opfern, die gebracht wurden, die Rede war, so sind das Opfer zugunsten der Reichen. Jetzt haben Sie Gelegenheit, einmal ein Opfer zugunsten der Armen zu bringen, die die billigsten Zigaretten rauchen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Termin, von dem ab die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes verzollten und versteuerten Tabakblätter der Nachberzollung und Nachversteuerung unterliegen, wird auf den 15. Mai 1916 festgesetzt, womit die Spekulationsverzollungen getroffen werden sollen.

Der Kompromißantrag, wonach die Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, welche infolge des Gesetzes im ersten Jahr seiner Geltung arbeitslos werden, nur bis zu sechs Monaten statt bis zu zwei Jahren, wie in erster Lesung beschlossen) Unterstützungen erhalten sollen, wird von Deichmann unter Hinweis auf die Erfahrungen von 1909 lebhaft bekämpft, trotzdem aber angenommen. Von Blunck (Fr. Vp.) wird festgestellt, daß die Fristen dieser Bestimmung beim späteren Inkrafttreten der Wertzollerhöhung, die erst erfolgen soll, wenn wieder normale Tabakpreise gelten, für die dann etwa arbeitslos werdenden Arbeiter erneut beginnen.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Politische Uebersicht.

Zur neuen Kriegskreditvorlage.

Zu der in Aussicht gestellten neuen Kriegskredit-Vorlage bemerkt das Berliner Tageblatt: „An ihrer Bewilligung ist nicht zu zweifeln, so daß die Kriegskredite auf 50 Milliarden Mark steigen werden. Eine neue Anleihe wird indes vor dem Herbst dieses Jahres nicht zur Ausgabe gelangen; vielmehr dürften die erforderlichen Summen, wie bisher, zunächst durch die Begebung kurzfristiger Schatzanweisungen beschafft werden. So betrachtet, hat die Kreditvorlage einstweilen nur einen vorsorgenden Charakter. Notwendig war diese Vorlage deshalb, weil den früher genehmigten 40 Milliarden Mark vier Anleihen gegenüberstehen, die — abgesehen von begebenen Schatzscheinen — den Betrag von 35 Milliarden Mark erreichen. Die Summen, die der Weltkrieg verschlingt, sind außerordentlich groß. Sie erreichten zeitweilig zu Lasten der Reichskasse zwei Milliarden Mark für den Monat, sollen aber zuletzt geringer gewesen sein . . ."

Lebensmitteldiktator und Oberpräsident.

Die Königsberger Allgem. Zeitung berichtet, daß der neue Präsident des Kriegsnahrungsamts von Batocki neben seinem neuen Amt vorläufig auch das alte fortzuführen gedenkt, und zwar im Interesse des ungestörten Wiederaufbaus Ostpreußens. Dort werde er zwar durch den Oberpräsidialrat v. Bülow vertreten, doch hoffe er, von Zeit zu Zeit persönlich nach dort kommen zu können.

Charakteristisch für die Berufung von Ministern ist auch die weitere Mitteilung des Blattes, die wir dem Lokalanzeiger entnehmen: „Die Nachricht von seiner Berufung an die Spitze des neuen Nahrungsmittelamtes traf Herrn von Batocki ganz unerwartet auf einer Besichtigungsreise durch Ostpreußen mit dem Amerikaner Hippert; bis Donnerstag voriger Woche war ihm von der Absicht, ihn mit dem neuen Amt zu betrauen, nichts bekannt."

Berlin, 24. Mai. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des L.-A. erklärte Exzellenz Batocki: Am Freitag werde er die erste Vorstandssitzung abhalten und dann zur Information des Vorstandes eine Anzahl von Bürgermeistern von großen und mittleren Städten und andere sprechen. Einige dringende Abhilfsmaßregeln hoffe er alsbald anordnen zu können. In etwa 14 Tagen solle der große Beirat zum erstenmal zusammentreten. Er hoffe, ihm schon dann Vorlagen in grundlegenden Fragen machen zu können. Er zweifle nicht daran, daß auch in der Ernährungsfrage der Sieg für Deutschland gewiß sei. Die Bezeichnung Diktator möchte er vermieden wissen.

Die Nordd. Allg. Ztg. sagt: Im Kriegsernährungsamte werden bewährte Männer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Interessengruppen — der Landwirtschaft, des Gewerbes und Handels, der Heeresverwaltung und der Verbraucher — mitarbeiten; die Beschlußfassung wird aber ausschließlich dem Vorsitzenden zustehen. In einem Beirat werden Vertreter der Bundesregierungen, der behördlichen Kriegsstellen und der Kriegsgesellschaften Sitz und Stimme haben. Die Anordnungen der militärischen Befehlshaber werden den Maßnahmen der zentralen Ernährungsbehörde angepaßt. Der aus der Mitte des Reichstags berufene Beirat für Volksernährung bleibt neben der neugeschaffenen Einrichtung bestehen. Bei dieser neuen, straff organisierten Regelung wird es möglich sein, die im Reiche greifbaren Nahrungsvorräte vollständig zu erfassen und ihre Verwertung und Verteilung ohne jede Verzögerung in der zweckmäßigsten Weise durchzuführen. Die Vorarbeiten zur Errichtung der neuen Behörde sind im vollen Gange; der Zeitpunkt, an dem sie ihre Tätigkeit aufnimmt, wird durch den Reichsanzeiger bekanntgegeben.

„Wir lassen uns nicht drängeln."

Aus einer der letzten Reden des englischen Schatzsekretärs ging hervor, daß Großbritannien gegen den Frieden 800 Millionen Pfund Sterling oder 6 Milliarden Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160524-12/fragment/page=0002

mehr neue Steuern regelmäßig aufbringt. Wir haben schon wiederholt auf das Vorbild der englischen Kriegsfinanzwirtschaft hingewiesen, und diese neuen Zahlen sind in der Tat geeignet, das englische Steuerwesen von neuem zur Beachtung zu empfehlen. Auch der Berliner Lokal-Anzeiger kann nicht leugnen, daß Großbritannien eine „imposante Leistung" vollbracht hat. Aber er fügt dem hinzu:

Wenn aber der englische Schatzmeister bei dieser Gelegenheit mit Geringschätzung auf die neuen deutschen Steuern blickt, die er mit nur 500 000 000 Mark angibt, so zeigt er wie mancher maßgebende Engländer vor ihm, wie wenig er Deutschland und die Deutschen kennt. Er glaubt augenscheinlich, er hätte nun die deutsche Steuerkonkurrenz mit Zahlen und Werten völlig ins Feld geschlagen und ahnt nicht, wie wir uns im Steuerzahlen beherrschen können. Uns sind vorderhand 700 (nicht 500) Millionen ausreichend, und wir werden uns auch von einem englischen Schatzkanzler nicht drängeln lassen, es ihm gleich zu tun oder gar ihn zu übertrumpfen.

Dabei ist es uns selbstverständlich klar, daß wir in noch weit höherem Maße als bisher Geldmittel werden aufbringen müssen, um den Krieg und seine Folgen zu finanzieren. Dabei hoffen wir aber auf die liebenswürdige Unterstützung unserer Feinde, wenn sie einst von uns höchste Gebiete, die wir nicht behalten wollen, zurückerwerben müssen. Deshalb brauchen wir uns nicht mit weitergehenden Steuern zu überstürzen, die über den Bedarf der Stunde gehen. Wenn wir einmal zur Schlußbilanz dieses Krieges kommen, wird so oder so für ihre ordnungsgemäße Aufmachung gesorgt werden."

Dieser Stolz, daß wir uns im Steuerzahlen „beherrschen" könnten und uns „nicht drängeln lassen, es England gleichzutun oder gar (!) zu übertrumpfen", klingt doch sehr merkwürdig. Unsere Regierung verzichtet nicht auf eine höhere Summe an Steuern, weil sie das Geld nicht braucht, sondern weil sie nicht größere Steuerkämpfe im Innern entfesseln will. Schon bei der bescheidenen Forderung von ursprünglich 500, jetzt 700 Millionen Mark, stellt es sich heraus, daß unsere besitzenden Kreise wiederum so gut wie nichts dazu beitragen wollen. In England dagegen beträgt z. B. die Einkommensteuer allein etwa 50 Prozent. Der Hinweis auf den Ausgleich bei Friedensschluß kann wohl überhaupt nicht ernst genommen werden; er ist nur eine schlechte Ausrede angesichts der jetzigen Finanzlage.

Der Artikel des Lokal-Anzeiger ist mit E. Z (Zimmermann) unterschrieben. Wie man sagt, tragen alle Artikel dieses Zeichens halboffiziösen Charakter. In diesem Fall würde der Artikel also aus dem Reichsschatzamt stammen. Sollte das zutreffen, so wäre der Artikel umso weniger begreiflich. Denn daß man im Reichsamt glaubt, durch bestimmte Friedensbedingungen um eine gründliche Reform des ganzen deutschen Finanzwesens herumzukommen, wäre eine der schwerwiegendsten unten den vielen Täuschungen, die uns seit Kriegsbeginn in Regierungskreisen begegnet sind.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Anzahl türkischer Parlamentarier weilen zurzeit in Berlin. Sie wurden in der üblichen Weise von Behörden, Reichstagspräsidium usw. empfangen. Ebenfalls finden die üblichen Besichtigungen und Festessen statt.

Ums tägliche Brot.

Keine Obstausfuhr. Gegenüber der Besorgnis, es werde ähnlich wie im vorigen Jahr auch in diesem Jahr Obst zur Ausfuhr gelangen, wird gemeldet, daß für dieses Jahr die Ausfuhr aller Arten von Obst, ob frisch oder getrocknet, mit aller Schärfe verhindert wird.

Mahnung einer Landwirtschaftskammer an ländliche Hamster. Die westfälische Landwirtschaftskammer mahnt die Landwirte zu freiwilliger Abgabe ihrer Fleisch- und Fettüberschüsse. Sie weist auch darauf hin, daß eine Organisation zur Abnahme und Weiterleitung der Waren vorbereitet werde, und sie führt dabei u. a. aus:

„Es entsteht eine zunehmende Erbitterung bei der städtischen und industriellen Bevölkerung, wenn sie sich in den wichtigsten Lebensmitteln, wie Fleisch, Fett, Milch, Butter, Eier usw. aufs äußerste einschränken muß, während die ländliche Bevölkerung meist noch reichlich damit versehen ist, was namentlich bei den Fleisch- und Fettvorräten der Fall zu sein scheint.

Die Kammer meint auch, daß eine Einschränkung insbesondere beim „ländlichen Gesinde" eintreten müsse. Das würde aber jetzt den Gutsherren doppelt zugute kommen und es wäre nur gerecht und billig, daß den Arbeitern entsprechende Entschädigung durch höhere Löhne gewährt würde.

Brotzulagen für Schwerarbeitende.

Demnächst sollen neue Zulagen zu den Brotrationen für die schwerarbeitende Bevölkerung gewährt werden. Die Berechnungen der möglichen Höhe dieser Zulagen sind noch im Gange.

Keine Milde für Volksausbeuter.

Der Verein Berliner Kolonialwarenhändler hatte kürzlich an den Berliner Polizeipräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der unter ausführlicher Begründung des Gesuches darum gebeten wurde, bei geringfügigen Uebertretungen der vielen polizeilichen Bestimmungen Milde gegen die Inhaber der Ladengeschäfte walten zu lassen. Darauf ist jetzt folgende Antwort des Berliner Polizeipräsidenten eingetroffen:

„Ich halt es nach wie vor für meine Pflicht, ohne Ansehen der Person gegen jede Uebertretung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Bei der Gemeingefährlichkeit der Vergehen gegen diese Bestimmungen ist Milde nicht am Platz, es sei denn, daß es sich nur um geringe Fahrlässigkeiten handelt."

Wenn doch das hier angekündigte energische Vorgehen gegenüber den großen Wucherern und Schiebern einmal Erfolg zeitigen würde! Solange allerdings solche Erzgauner mit einer verhältnismäßig geringen Geldstrafe, statt Zuchthaus, davon kommen, kann man keine durchgreifende Besserung auf diesem Gebiet erwarten.

Schiebungen im Tuchhandel.

Vor einiger Zeit konnte der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen auf Grund eines offenherzigen Aufsatzes des Konfektionärs Bestrebungen von Textilhandelskreisen zur Zurückhaltung von Stoffen zwecks Preissteigerung aufdecken. Jetzt erhält er aus einer glaubwürdigen Aachener Quelle die Meldung, daß dort in der Tuchbranche allerhand Manipulationen zur Umgehung der bekanntlich nach obenhin begrenzten Fabrikantenpreise gemacht werden: Die Fabrikanten setzen ihr eigenes Fabrikat nicht mehr direkt an die Geschäfte ab, sondern der eine verkauft dem andern sein Fabrikat, um dann die Ware des anderen als Großhändler weiter zu verkaufen. Ferner man z. B. bei einer Tuchfabrik, die schwarze Kammgarnstoffe herstellt, nach dieser Ware, so sei sie nicht zu haben, wohl aber bunte Stoffe. Umgekehrt liefere der Fabrikant bunter Stoffe jetzt nur noch schwarze Kammgarnstoffe usw., damit nur nicht zu Fabrikantenpreisen geliefert zu werden brauche.

Empörend ist doch die Art der Profitjägerei, kein Mittel erscheint zu schlecht. Werden die Wucherer von den zuständigen Stellen nicht bald mit eisernem Besen hinweggefegt, so darf man sich nicht wundern, wenn das Volk zur Selbsthilfe greift.

Bauernschläue.

Das Verbot der Hausschlachtungen hat eigenartige Praktiken gezeitigt, die Bestimmungen zu umgehen, indem man künstliche Notschlachtungen herbeiführt. In Hessen, und anderswo wird es wohl ähnlich sein, ist man dahinter gekommen, daß einzelne Landwirte bei ihren schlachtreifen Schweinen vorübergehende Verdauungsbeschwerden hervorriefen. Als dann die Tiere „trauerten", lief man schnell zum Fleischbeschauer, beantragte eine Notschlachtung und hoffte, das so erhaltene Fleisch im eigenen Haushalt verwenden oder unter der Hand absetzen zu können. Die Behörden waren in diesem Falle ausnahmsweise schlauer wie die Bauern. Sie ordneten an, daß Notschlachtungen nur nach vorher ger Besichtigung des lebenden Tieres durch den Kreistierarzt vorgenommen werden dürfen und daß nach der Schlachtung dennoch einwandfrei befundenes Fleisch der in Betracht kommenden Fleischverteilungsstelle überliefert, nicht ladenreines Fleisch aber durch die Gemeindeverwaltungen auf der öffentlichen Freibank verkauft werden muß. Damit der Besitzer des notgeschlachteten Tieres kein Fleisch zurückbehalten kann, muß die Notschlachtung unter Aufsicht des Fleischbeschauers in öffentlichen Schlachthäusern oder in den Schlachträumen eines Metzgers geschehen.

Derartige Anordnungen sollten allgemein erlassen werden.

Aus der Partei.

Aufstellung der Reichstagskandidaten für Reichenbach-Neurode.

Am Sonntag nachmittag fand in Langenbielau eine von über 200 Genossen des Kreises besuchte Parteiversammlung für den Wahlkreis Reichenbach-Neurode statt, die zu der durch den Tod des Genossen August Kühn notwendig gewordenen Nachwahl Stellung nahm. Zu Beginn der Versammlung widmete Gen. Reichstagsabg. Feldmann dem Gen. Kühn einen warm empfundenen Nachruf. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beantragt, daß nach dem Vortrage des von den Ortsvorsitzenden der Organisation vorgeschlagenen Kandidaten, des Gen. Hermann Müller, Mitglied des Parteivorstandes in Berlin, auch nicht im Kreise ansässigen Genossen das Wort gegeben werden sollte. Insbesondere sollte der Reichstagsabg. Vogtherr, der anwesend war, Gelegenheit bekommen, den Standpunkt der sozialdemokratischen Minderheit zu vertreten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Antrag bei einer Reihe Enthaltungen mit 91 gegen 71 Stimmen angenommen. Gen. Müller behandelte sodann die Frage, welche der Krieg für die Politik der Partei aufgeworfen hat, im Sinne der Fraktionsmehrheit, zu der auch der verstorbene Gen. Kühn bis zu seinem Tode gehalten hatte. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag erhielt zunächst Gen. Vogtherr das Wort, dem es der überwachende Gendarm aber nach einiger Zeit entzog. (In dem dortigen Grenzbezirke herrscht der verschärfte Belagerungszustand.) In der folgenden Debatte vertraten zwei Genossen aus dem Kreise und eine Berliner Genossin in längeren Ausführungen den Standpunkt der Minderheit; ihnen traten drei Genossen aus dem Kreise entgegen. Nach mehr als vierstündiger Debatte wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, weil einige Genossen aus den weiteren Orten des Kreises, die an der Abstimmung über die Kandidatenaufstellung teilnehmen wollten, abreisen mußten. Der Antrag, den Gen. Hermann Müller als Reichstagskandidaten aufzustellen, wurde sodann mit allen gegen acht Stimmen angenommen. Ein Antrag, eine neue Versammlung mit einem Referenten der Minderheit einzuberufen und dann erst den Kandidaten aufzustellen, war dadurch erledigt. Einige wenige Anhänger der Minderheit verließen darauf den Saal. Nach einem Schlußworte des Gen. Müller wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden erklärt.

Kriegsprobleme und Gewerkschaften.

Der Krieg stellte die Gewerkschaften vor schwere Aufgaben. Die Beendigung des Krieges wird sie vor noch schwerere stellen.

Ist es auf der einen Seite wichtig und wertvoll, die Kriegsmaßnahmen der Gewerkschaften ins rechte Licht zu rücken, sie hier in ihrer Notwendigkeit zu begründen, dort ihre Unzulänglichkeit, notwendig oder nicht, darzutun, dann vor allem auch ihre Wirkung auf die einzelnen Gewerkschafter, auf die ganze Bewegung und auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen, — so ist es auf der anderen Seite erst recht von Bedeutung, beizeiten die Probleme und Aufgaben, die den Gewerkschaften nach dem Kriege erwachsen werden, klar zu umreißen und auf die vorbereitenden Maßnahmen zu verweisen, die sich daraus ergeben müssen.

Zwischen beidem besteht zweifellos ein Zusammenhang: Die Wirkungen, die der Krieg zeitigt, werden naturgemäß nach dem Kriege nachwirken; und das, was man von der Zukunft erwartet, wird Haltung und Betätigung der Gewerkschaften während des Krieges zu beeinflussen haben.

Die Aufmerksamkeit, die diesen Dingen aus den Kreisen der Gewerkschaften zuteil wurde, hat sehr oft nicht befriedigen können. Die Behandlung der gewerkschaftlichen Maßnahmen während des Krieges beschränkte sich gemeinhin auf eine Aufzählung und Rechtfertigung. Die Untersuchung dessen, was den Gewerkschaften nach dem Kriege an Aufgaben gestellt sein wird, ließ vielfach Eindringlichkeit und feste Begründung vermissen. An Stelle einwandfreier Forschung fand man nur allzu oft mehr oder weniger subjektiv gefärbte Vermutungen, eine von dem politischen Standpunkte des Schreibenden in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen beeinflußte und gefärbte, nicht überzeugende Zukunftsmusik.

Um so mehr Beachtung verdient es, wenn daneben ein zwar außerhalb der Gewerkschaften stehender, aber deshalb nicht weniger mit ihrer Theorie und Praxis vertrauter Kenner und Denker wie Adolf Braun wiederholt das Wort ergriff, um den Wirkungen des Krieges auf die Gewerkschaften tiefeschürfende Untersuchungen zu widmen.

Welche Bedeutung sie besitzen, wieviel sie an Beachtenswertem zutage förderten, das erkennt man erst recht, wenn man jetzt ihre Zusammenfassung betrachtet, die in dem Büchlein: Gewerkschaften; Betrachtungen und Ueberlegungen während des Weltkrieges" (Leipziger Buchdruckerei. Preis 1,50 Mk.) gegeben und jedem zugänglich ist.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Erörterungen Brauns vielen unter den maßgebenden Männern der Gewerkschaftsbewegung nicht immer sehr willkommen sind, — verständlich immerhin, weil sie sich vielfach mit den von den Gewerkschaftern meist vertretenen Anschauungen in Widerspruch stellen und in jedem Fall in ihren Ergebnissen und Forderungen beträchtlich darüber hinausführen. Sie haben eine im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Werte stehende Würdigung gefunden. Um so wichtiger ist es, auch an dieser Stelle auf sie zu verweisen.

Was Brauns Untersuchungen auszeichnet, ist vor allem die Tatsache, daß er wirtschaftlich fest verankert. Er gibt sich keinen Illusionen hin, wie sie der Krieg so vielfältig geweckt hat, — als wären die alten Voraussetzungen und Widerstände der Arbeiterbestrebungen durch den Krieg und den „Burgfrieden" andere geworden, oder als würde der Krieg für unsere künftige wirtschaftliche Stellung und Entwicklung ganz neue Grundlagen schaffen. Dem Utopismus, der sich hier gerade in den Köpfen so vieler Gewerkschafter breitmacht, tritt Braun ebenso überzeugend wie entschieden entgegen. „Wer sich an die zähen und nur wenigen des unerheblichen Objekts oft nicht ganz verständlichen Kämpfe gegen die harmoniedusseligen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine erinnert, der wird es schwer begreifen, daß es heute in der Gewerkschaft tätige Arbeiter gibt, die man politische Hirsch-Dunckerianer nennen könnte und die alles zurückzudrängen suchen, was die Gegensätzlichkeit gegen das Bürgertum und gegen den Kapitalismus zum Ausdruck bringen soll." (S. 47.)

Dabei verkennt Braun durchaus nicht die tiefeinschneidenden Wirkungen, die der Krieg für das wirtschaftliche Leben und die gewerkschaftliche Betätigung mit sich gebracht hat und weiterhin naturgemäß mit sich bringen muß. Sie richtig zu erfassen und einzuschätzen, sie vorurteilslos und überzeugend klarzulegen, ist ja eben der Hauptzweck seiner Untersuchungen.

Von großem Interesse und hohem Werte ist es schon, wenn er die bisherigen Ergebnisse des Krieges in Beziehung auf die Gewerkschaften würdigt, die Arbeitsgemeinschaften, die Unterstützungsmaßnahmen der Verbände, die Berufsveränderungen, das Eindringen der Frauenarbeit, die Lohngestaltungen wertet und vor allem, wenn er die Frage stellt, wie der Krieg psychologisch auf die einzelnen Gewerkschafter wirken dürfte. Klar treten hier wichtige Probleme heraus, aber auch schon Resultate, die von den Gewerkschaften bei ihrer weiteren Tätigkeit, nicht zum wenigsten auch der künftigen Werbearbeit, wohl zu beachten sein werden. Dabei erhält auch ein Aufsatz, der zunächst den Rahmen des Buches zu sprengen scheint, Rechtfertigung und Bedeutung, eine Kritik der bisherigen Methoden der Arbeiterbildung mit eindrucksvollen Anregungen zu ihrer Aus- und teilweise auch Umgestaltung im Hinblick auf den Zweck, die Arbeiter mehr als bisher mit der Arbeiterbewegung zu verknüpfen und mit ihren Theorien und Grundsätzen zu durchdringen.

Die künftige Politik der Gewerkschaften wird ihren Charakter natürlich in erster Linie zu erhalten haben durch die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Braun deshalb auch eingehende Darlegungen widmet. Neben der allgemeinen Konjunktur wird ein wesentliches Moment sein die Eingliederung der zahlreichen Kriegsbeschädigten, die — in bestimmten „Leichtern" Industrien zusammengedrängt — in ihnen eine breite Schicht minderwertiger Arbeitskräfte mit verstärkter Abhängigkeit vom Unternehmertum darstellen werden und leicht für gewerkschaftliche Aktionen eine schwere Gefahr werden können. Eine Kriegsfolge, für die Gewerkschaften von großer Tragweite, wird auch der Umstand sein, daß nach dem Kriege fast gleichzeitig die während des Krieges immer wieder auf kurze Fristen verlängerten Tarifverträge vieler Organisationen ablaufen werden: Die fortbestehende Teuerung, die Entwertung des Geldes, wird es den Gewerkschaften zur Notwendigkeit machen, für den Abschluß der neuen Tarife angemessene höhere Löhne zu fordern; andere wirtschaftliche Erwägungen, von Braun überzeugend nachgewiesen, werden andererseits die Unternehmer veranlassen, gerade umgekehrt auf eine Herabdrückung der alten Löhne hinzuarbeiten; eine Erkenntnis, die dadurch noch an Bedeutung gewinnt, daß die Unternehmer schon heute, allem Burgfrieden zum Trotz, kräftig dabei sind, die Vorbereitungen für die künftigen schweren Auseinandersetzungen zu treffen. Das sind einige der Fragen, auf die Braun eingeht und deren Wesen er zu eindringlicher Anschaulichkeit gestaltet.

Nicht weniger wichtig ist es — wiederum gerade gegenüber dem, was so viele „Berufsgewerkschafter" vertreten — wenn der Verfasser den Nachweis der Notwendigkeit internationaler Verbindung und gegenseitiger Förderung der Gewerkschaftsbewegung führt —, einer Notwendigkeit, die auch kein Krieg mit all seiner Verbitterung hüben und drüben aus der Welt schaffen kann, weil sie herauswächst aus den sehr reellen Interessen der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes; wenn er mit knappen, aber prägnanten Strichen die Verschiedenheit der Aufgaben und die dennoch gegebene Einheit von Gewerkschaften und Partei zeichnet und das Interesse der Gewerkschaften an einer einheitlichen Arbeiterbewegung dartut; wenn er die Gefahr einer Entfremdung zwischen den Massen der Arbeiterschaft und den gewerkschaftlichen und politischen Ausdrucksformen ihrer Bewegung, die Gefahr syndikalistischer und anarchistischer Strömungen untersucht. Auch wenn man hier und da einmal den Ausführungen Brauns nicht völlig zustimmen kann, wird man ihm doch wertvolle Anregungen zu danken haben. Vielleicht würde überdies der Verfasser selbst manches, was er schon vor Monaten niederschrieb, heute anders formuliert haben.

Im allgemeinen ist aber gerade bezeichnend an dem Buche, daß auch das, was schon vor längerer Zeit, zum Teil bald nach Kriegsausbruch seine Fassung fand, heute noch aktuell und zutreffend erscheint, ja, daß manchem von dem früher Gesagten die weitere Entwicklung nur neue Bestätigungen gebracht hat — nicht der schlechteste Beweis für die Gründlichkeit der Untersuchungen und die Richtigkeit der Beobachtungen.

„Aus der innigen Verknüpfung von Theorie und Praxis kann die gewerkschaftliche wie die politische Arbeiterbewegung überreiche, für viele ungeahnte Vorteile ziehen," sagt Braun an einer Stelle des Buches. Zweifellos mit vollem Recht! Wichtige theoretische Grundlagen sind nun hier gegeben. Man kann nur wünschen, daß die gewerkschaftliche Praxis sie recht fleißig benutzen möchte, zum besten einer gedeihlichen Arbeit im Interesse der breiten Massen. (Vorwärts.)

Aus der Provinz.

Ist der Jugenderlaß des Generalkommandos rechtsgültig?

Nachdem schon verschiedene Gerichte des Korpsbezirks auf Grund des bekannten Jugenderlasses Verurteilungen ausgesprochen haben, sind jetzt einem Gerichte bei genauer Nachprüfung Zweifel an der Rechtsgültigkeit dieses Erlasses aufgekommen: Die Verordnung des Generalkommandos vom 15. Februar 1916, betreffend den Schutz gegen die sittliche Verwahrlosung der Jugend geht über die Befugnis des Kommandeurs hinaus und ist deshalb unberechtigt! Diesen Standpunkt vertrat das Köthener Schöffengericht. Es hatte deshalb die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen einen Jugendlichen, der wegen Rauchens angezeigt war, abgelehnt. Auf sofortige Beschwerde der Amtsanwaltschaft hatte die Staatsanwaltschaft in Dessau angeordnet, das Hauptverfahren zu eröffnen.

Das Amtsgericht beharrte auf seinem Standpunkte, daß die Verordnung unberechtigt sei und sprach den Jugendlichen frei. Der Amtsanwalt hatte 30 Mark Geldstrafe beantragt. Das Gericht vertrat den Standpunkt, daß durch einen Korpsbefehl nur Verordnungen erlassen werden können, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit dienen. Die in der Verordnung genannten Handlungen Jugendlicher stellen aber nicht eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dar, sondern haben lediglich sittlichen Charakter. Gegen diese einzuschreiten fehle aber dem Generalkommando die Befugnis. Die Staatsanwaltschaft ist demgegenüber der Ansicht, daß durch die in der Verordnung genannten Handlungen Jugendlicher wohl die öffentliche Sicherheit gefährdet werden kann und die Verordnung deshalb zu Recht bestehe.

Die Entscheidung über diese Rechtsfrage wird erst von einem höheren Gericht gefällt werden. Bis dahin ist es selbstverständlich zu empfehlen, nach der Verordnung zu handeln. Eine Schöffengerichtsfreisprechung ist nur eine vorläufige, keine endgültige Entscheidung.

Kinderbrandstiftungen in den Städten der Provinz Sachsen.

An den im Jahre 1915 bekanntgewordenen 62 Brandstiftungen waren in 34 Fällen zusammen 27 Knaben und 9 Mädchen beteiligt, in den übrigen 28 Fällen war das Geschlecht der Kinder nicht angegeben. Die Kinder standen im Alter von 2 bis 12 Jahren. Für die durch Kinderbrandstiftungen hervorgerufenen Brandschäden hat die Städte-Feuer-Sozietät im Jahre 1915 in 60 Fällen Vergütungen im Gesamtbetrage von 7156,13 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160524-12/fragment/page=0003

gezahlt, und zwar entfallen hiervon auf Unfälle durch Spielen mit Streichhölzern 29 Fälle mit 2030,50 Mark, durch sonstige Kinderbrandstiftungen und durch unvorsichtiges Umgehen der Kinder mit Feuer und Licht 31 Fälle mit 4527,63 Mk. Von den übrigen 2 Fällen sind nur Privatgesellschaften betroffen worden, während in 2 Fällen solche mit der Sozietät zusammen beteiligt waren, von denen in einem Falle die Höhe der von der Privatgesellschaft geleisteten Vergütung hier nicht bekanntgeworden ist. Die in diesen 3 Fällen von den Privatgesellschaften gezahlten Vergütungen betragen insgesamt 78 611,30 Mk. In 3 Fällen sind zusammen 4 Kinder zu Tode gekommen, davon 2 durch Verbrennen und 2 durch Ersticken.

Zu den Kosten der Einrichtung und Unterhaltung von Kleinkinderschulen und dergleichen hat die Städte-Feuer-Sozietät im Jahre 1915 Beihilfen im Gesamtwerte von 2660 Mk. — in den Städten Aschersleben, Kalbe a. M., Eilenburg, Genthin, Halle (Saale), Kindelbrück, Landsberg, Magdeburg und Wittenberg — gewährt. Die von der Sozietät bisher (seit dem Jahre 1900) zur Förderung des Kleinkinderschulwesens gewährten Beihilfen beziffern sich insgesamt auf 29 970 Mk.

Verwertung der Wasserpest.

Das preußische Landwirtschaftsministerium weist darauf hin, daß die sogenannte Wasserpest, die in Seen und Wasserläufen oft in solchen Mengen auftritt, daß die Gewässer vollständig zuwachsen und die Fischerei außerordentlich erschwert wird, sowohl in grünem wie auch in getrocknetem Zustande ein vorzügliches Futter für das Vieh, namentlich für Schweine, ist. Nach der Analyse von W. Hoffmeister enthält die Wasserpest Rohprotein 18,3 Prozent, Rohfett 2,5 Prozent, Kohlehydrate 42,5 Prozent, Holzfaser 16,7 Prozent, Metallsalze 20,0 Prozent. Auch die Gründüngung mit Wasserpest, die in manchen Gegenden mit gutem Erfolge geübt wird, ist beachtenswert. Es ist deshalb zu empfehlen, daß die Wasserpest überall da, wo sie in entsprechenden Mengen vorkommt, für die landwirtschaftliche Produktion nutzbar gemacht wird.

Zschortau b. Delitzsch. Entziehung des Hebammen-Prüfungsscheines. Nach der schwierigen Geburt eines toten Kindes mit Wasserkopf, wobei der zu guter Letzt hinzugerufene Arzt mitwirken mußte, zeigte sich eine Verletzung des Kopfes des Kindes. Darauf wurden Ermittlungen gegen die Hebamme Hellriegel aus Zschortau wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet. Die Hebamme hatte nämlich vor dem Herausholen des Arztes Manipulationen mit einer Nadel und einer Schere vorgenommen, in der Absicht, die Fruchtwasserblase aufzustechen. Das Verfahren wegen fahrlässiger Tötung wurde wieder eingestellt, weil sich die Tatbestandsmerkmale einer solchen nicht feststellen ließen. Dagegen klagte der Amtsvorsteher von Zschortau gegen Frau Hellrigel auf Entziehung ihres Hebammen-Prüfungsscheines. Es lag in dem Verfahren unter anderem auch ein Gutachten eines Hallischen Professors vor, das mit einer unglaublichen Ungeschicklichkeit und Fahrlässigkeit der Frau rechnete. Der Bezirksausschuß zu Merseburg entsagt der Frau den Prüfungsschein. Er ging davon aus, daß ein ganz ungehöriger Eingriff der Frau vorliege, der ohne weiteres die Entziehung rechtfertige, wenn sich auch nicht habe feststellen lassen, ob das Kind dadurch gestiet oder schon tot gewesen sei. Es möge schon tot gewesen sein. Frau H. legte Revision ein, in deren Begründung darauf verwiesen wurde, daß ja die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen sie eingestellt habe. Der Kopf könnte ja durch die Zange des Arztes verletzt worden sein. — Ein pflichtvergessenes Handeln bestritt die Beklagte. Sie sei schon 17 Jahre tätig. Sie brachte auch Bescheinigungen von Personen bei, die sich für sie verwandten. — Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jedoch die Vorentscheidung. Es führt aus: Es läge hier ein Eingriff mit der Zange vor, der durch das Hebammenlehrbuch so streng verboten sei, daß eine milde Beurteilung ausgeschlossen erscheine. Hätten sich für die Hebamme bei der Geburt Schwierigkeiten ergeben, dann hätte sie eben alsbald den Arzt rufen müssen. Das öffentliche Interesse verlange es, hier keine Milde walten zu lassen. Die Entziehung des Prüfungsscheines sei gerechtfertigt.

Gräfenhainichen. Schweres Kinderunglück. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich Sonnabend in einem Hause der Dübener Straße. In einem unbewachten Augenblicke war ein zweijähriges Kind in den Stall gegangen, wo es ein Pferd an ein Hinterbein faßte. Das Tier schlug aus und traf das Kind so unglücklich, daß ihm der ganze Oberkiefer zerschmettert wurde. Besinnungslos wurde es bald darauf aufgefunden.

Schraplau. 100 Pfund Wurst! Der Witwe Halbrodt gen. Steinkopf wurden in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ungefähr 100 Pfund geräucherte Wurstwaren entwendet. Ihr Verdacht kommt ein Mietsmann, bei dem aber nichts gefunden wurde.

Eisleben. Einschränkung der Fleischverkaufszeit. Von jetzt ab werden die Fleischerläden am Donnerstag geschlossen bleiben. Der Fleischverkauf findet hiernach nur noch am Montag, Mittwoch und Sonnabend jeder Woche statt, und zwar werden diese Läden Sonnabends von 6 bis 12 Uhr vormittags bestimmt offen sein, an den Nachmittagen nur, wenn noch Fleisch zum Verkauf vorrätig ist. Am Montag sind die mit 1. am Mittwoch die mit II und am Sonnabend die mit III, IV und V bezeichneten Fleischmarken fällig. Nicht fällige Fleischmarken berechtigen nur dann zum Bezuge von Fleisch, wenn in der zuständigen Fleischerei soviel Fleisch übrig ist, daß diese Marken eingelöst werden können. Es wird besonders hervorgehoben, daß durch die Schließung der Fleischerläden an den Donnerstagen keine Verkürzung der Wochen-Fleischmenge eintritt, daß vielmehr die an den Donnerstagen ausfallende Fleischportion an den Sonnabenden mehr ausgegeben wird.

Sangerhausen. Eingeschränkter Verkauf von Zucker. Für den Kreis Sangerhausen regelt eine Bekanntmachung des Kreisausschusses den Zuckerverbrauch vom 24. Mai ab. Danach darf für die Zeit von acht Tagen (nicht einer Woche) auf den Kopf nur 200 Gramm Zucker abgegeben werden. Haushaltungen, die Zuckervorräte besitzen, sind solange nicht zum Kauf von Zucker berechtigt, wie ihre Vorräte den festgesetzten Verbrauchsmengen, d. h. 200 Gramm auf den Kopf für acht Tage, entsprechen.

Herzberg. Der 23 000-Mark-Postdiebstahl beschäftigte am Sonnabend die Strafkammer des Landgerichts zu Kottbus. Angeklagt war der Landbriefträger Max Scherz aus Luckau wegen Diebstahls von 23 000 Mk. Am 26. Januar hatte, wie gemeldet, der Angeklagte als Postschaffner die für Geldsendungen bestimmte Kiste bereitzuhalten, und nachdem der zuständige Beamte die Geldsendungen in Höhe von 23 000 Mark verpackt und in den Bahnwagen eingestellt hatte, öffnete Scherz mit einem Reserveschlüssel, der auf dem Postamte verwahrt wird, den Bahnwagen und stahl die Geldkiste. Mit dem, was man Scherz noch abgenommen hat, fehlen an den 23 000 Mark noch 750 Mk. Er behauptet jetzt, daß es ihm bei der Tat nicht um das Geld zu tun gewesen sei, er habe nur seiner vorgesetzten Behörde zeigen wollen, daß die Postwagen nicht vorschriftsmäßig gesichert werden. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis wegen schweren Diebstahls.

Gewerkschaftliches.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1915.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat sich im Kriegsjahre 1915 sehr gut gehalten. Die Mitgliederzahl ist allerdings wiederum etwas zurückgegangen, jedoch bei weitem nicht so stark wie im Jahre 1914. Zu Beginn des Jahres 1915 hatte der Verband (ausschließlich der im Jahre 1914 zum Heere eingezogenen) noch 130 841, am Schlusse des Jahres noch 95 198 Mitglieder; also 45 643 weniger. Da im Laufe des Jahres 33 750 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden, beträgt der tatsächliche Mitgliederverlust 11 893 gegen 20 967 im Jahre 1914. Dieser Verlust erklärt sich also nicht aus einer Fahnenflucht der organisierten, sondern aus dem teilweisen Versiegen des Zustroms der unorganisierten Arbeiter.

Die Finanzen des Verbandes haben sich gleichfalls nicht ungünstig gestaltet. Die Einnahmen sind zwar erheblich — von 3 935 935 Mark im Jahre 1914 auf 2 117 837 Mark — zurückgegangen, jedoch sind gleichzeitig auch die Ausgaben von 4 481 359 Mk. auf 1 958 508 Mk. gesunken, so daß noch ein Einnahmeüberschuß von rund 160 000 Mk. verblieb, der dem Vermögen des Verbandes zugeführt werden konnte, das dadurch von 3 364 549 Mk. auf 3 526 878 Mk. steigt. Von den Ausgaben entfallen 1 248 665 Mk. auf Unterstützungen aller Art. Den Hauptteil erforderte die Unterstützung der Kranken mit 462 984 Mark; dann folgt die Unterstützung der Familien eingezogener Mitglieder, die 353 199 Mk. erforderte und die Unterstützung der Arbeitslosen, für die 278 414 Mk. aufgewendet wurden.

Lohnbewegungen in der im Frieden üblichen Weise konnte der Verband natürlich nicht führen. Es ist ihm aber gelungen, durch Eingaben und andere Maßnahmen in zahlreichen Fällen die Unternehmer zu einer Erhöhung der Löhne oder zur Bewilligung von Teuerungszulagen zu veranlassen. Leider hat er bei den Unternehmervereinigungen des Verbandsgebiets nicht überall das gewünschte und erhoffte Maß von Entgegenkommen gefunden. Nur wenige von den Vereinigungen, an die sich der Verband mit Vorschlägen wandte, kamen über schöne Worte und billige Versicherungen hinaus. — Alles in allem berechtigt die Entwicklung und die Tätigkeit des Verbandes im Kriegsjahr zu der Hoffnung, daß er auch die noch kommende Kriegszeit ohne ernstliche Einbuße an seiner Stärke und Leistungsfähigkeit überstehen wird.

Versammlungsberichte.

Buchdrucker. Am Sonnabend, den 20. Mai, fand im festlich geschmückten Saale des Riebeckbräu die Festversammlung zu Ehren des 50jährigen Bestehens des Verbandes statt. Nach Eröffnung der sehr stark besuchten Versammlung sang der Gesangverein Gutenberg zwei stimmungsvolle Lieder, denen ein schwungvoller Prolog folgte, welchem großer Beifall gezollt wurde. Gauvorsteher Koll. König hielt hierauf die Festrede, in der er in ausführlicher Weise das Entstehen, die Kämpfe und die Erfolge des Verbandes schilderte. Nicht allein von Unternehmerseite hätte der Verband schweren Angriffen standhalten müssen, sondern auch oft seien seine Bestrebungen von anderen Organisationen bekämpft worden. Doch könne mit Genugtuung gesagt werden, daß sein Vorgehen heute bei den Gewerkschaftsgenossen anders bewertet werde, denn einmal habe man in allen übrigen Gewerkschaften jetzt dieselben (früher oft verpönten) Unterstützungseinrichtungen, und zum andern stehe man auch in bezug auf das Tarifgemeinschaftswesen auf einem anderen Standpunkte. Seien auch die Auseinandersetzungen oft in der heftigsten Weise geführt worden, so könne doch konstatiert werden, daß gegenwärtig die im Verbande organisierten Buchdrucker mit den übrigen Gewerkschaften im besten Einvernehmen an den gemeinsamen Zielen arbeiten. Redner schloß seine Ausführungen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. Einige Chorgesänge und gemeinschaftliche Lieder schlossen die kurze und würdige Feier.

Amtliche Wetteraufsage.

Donnerstag, den 25. Mai: Ziemlich heiter, wärmer, Gewitterneigung.

Walhalla-Theater 1/2 9 Uhr.
Heute und folgende Tage: 664
„Rote Rosen" (Jostas Tagebuch)
Schauspiel nach dem im hies. General-Anzeiger erschienenen Roman von Courths-Mahler, bearb. von Ad. Steinmann.

3 Könige :: Varietee ::
Kl. Klausstr. 7, Nähe d. Marktes.
680 Jeden Abend stürmischen Beifall.
U. a.: Effigers Kunstgesangs-Duett, gen. Die schwarze Nachtigall.
Neuer Einakter. ? Lubin? das medizin. Rätsel. Gr. Heiterkeit.

Konzerthaus Vaterland. 8
Landwehrstraße 3a (früher Wilhelmsgarten)
Täglich Konzert Anfang 7 Uhr. — Eintritt frei. Sonntags 4 Uhr.
„Die Ulmer Spatzen", Damen-Streich-Orchester. Dir. Christ. Uno.
— Neue Kapelle. —
Um regen Zuspruch bittet G. Heinebrodt.

Pfälzer Schiessgraben
Täglich: Gr. Frei-Konzert. 166
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Laut Verfügung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlichen Preußischen Kriegsministeriums sind durch Bekanntmachung vom 16. Mai 1916

alle Sorten alter u. neuer Lumpen

beschlagnahmt worden. *219

Ich erlaube mir hierdurch bekannt zu geben, daß meine Firma

beauftragter Einkäufer f. d. Heeresverwaltung

ist und somit in der Lage, alle von der Beschlagnahme betroffenen Artikel für die Heeresverwaltung aufzukaufen.

Philipp Schwabach, Halle a. d. S., Raffineriestrasse 44.
Telephon 6237. Telephon 6237.

Freigebeleder.

Die auf Anordnung des Reichsamts des Innern errichtete Kontrollstelle für freigegebenes Leder hat in Nr. 3 der Bedingungen für freigegebenes Bodenleder vorgesehen, daß eine Bezugsregelung für die Gruppe Kleinverkehr durch die Innungen herbeigeführt werden soll. 682

Unterzeichneter richtet daher das Ersuchen an alle hiesigen selbständigen Schuhmacher, welche der Zwangs-Innung nicht angehören, sich schriftlich bis spätestens den 28. d. M. zu melden.

B. Arndt, Obermeister, **Henriettenstr. 8.**

Ein Affe wird gesucht.
Zu wissenschaftlichen Zwecken.
Prof. Burrkäfer. 668

Markt 15.
Geschäftshaus **Richard Elze**
Eingang: Kühler Brunnen.
685 Täglich frisch:
Prima Weißlinge ..... Pfund 0.48 M.
Kabeljau groß, ohne Kopf ... Pfund 1.05 M.
Schellfisch zum Kochen ..... Pfund 0.65 M.
„ ohne Kopf ..... Pfund 0.85 M.
Angelschellfisch ..... Pfund 0.70 M.
Gut frischer Dorsch ... Pfund 0.70 M.
Außerdem sämtliche Räucherwaren billigst.

Soeben erschienen:
Gewerkschaften.
Betrachtungen und Ueberlegungen während des Weltkrieges
von Adolf Braun.
Brosch. 1.50 M., Geb. 2.00 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle (S.), Harz 42/44.
Die Austräger des Volksblattes nehmen Bestellungen entgegen.

Marke Washbär ist die beste 464
Dauerwäsche.
Kl. Berlin 2, Tr.

Metallbetten
Holzrahmenmatr., Kinderbetten, bill. an Private. Katal. frei. *45
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Th.

Strickwolle, Lumpen und Metalle
kauft 96
A. Rein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Gummi-Hosenträger, preiswert und gut, bei
M. Gottheil, 686
Gr. Klausstr. 9, Ecke Oleariusstr.

Lumpen, Knochen, Eisen, 6 Metalle, Gummi kauft
Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Krieg und **Geschlechts-Krankheiten.**
Ein Wort an die Frauen.
Von Schwester Lydia Ruehland.
Preis: 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Lederhandlung F. Noah, 4
Gr. Klausstrasse 7.
Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Gebr. Fahrrad vk. f. 35 M. C. Mohr, Brüderstr. 12 I, Hdlg., Tel. 3730. *217

Der Schrebergarten.
Praktische Ratschläge zur **Einrichtung und Bewirtschaftung von Schreber-, Klein- u. Hausgärten.**
Mit zwei Plänen.
Preis 25 Pfg. Porto nach auswärts 5 Pfg.

Gemüsebau in Kriegszeiten.
Mit 10 Abbildungen.
Preis 20 Pfg. Porto nach auswärts 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle (S.), Harz 42/44.

Maienabend
der volkskirchlich-sozialen Vereinigung, Ortsgruppe Halle.
Freitag den 26. Mai, pünktlich 8 Uhr:
Männerquartettvorträge,
Ansprache des Pfarrers Pauli:
Der Weg zur wahren Volkskirche, u. a. 678
Der Eintritt frei.

Zoo!
Donnerstag den 25. Mai 1916 nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr: 683
Konzert
vom Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellm. K. Nöhren.
Eintr.: Erw. 40 Pf., von 7 Uhr ab 30 Pf., Kinder 20 Pf.

Echte Briefmarken aller Länder billigst.
Volksbuchhandlung
Halle a. d. S., Halle 42/44.

Kanarienvogel zugeflogen. Abzuholen in der Expedition des Volksbl. F.

681 **Achtung!**
Diejenige Person, welche meinen blaugrünen Handwagen mit weißen Brettern aus der Weintraube, Geiststraße 58, ohne Erlaubnis genommen hat, fordere ich auf, denselben sofort wieder dorthin zu stellen, widrigenfalls ich Anzeige erstatte. G. Weinholz.

Verkaufsmarkt
Klempner, Installateure u. Rohrleger
stellt sofort ein *218
Max Weis, Landwehrstr. 7.

Gesucht für baldigen Antritt 679
Steindrucker
für Umdrücke in dauernde, gutbezahlte Stellung.
F. Krokert & Co.,
Merseburgerstraße 71.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191605 24-12/fragment/page=0004

Unterhaltungs-Beilage

Halle, 24. Mai. — des Hallischen Volksblattes. — Nummer 121 — 1916

21]

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

„Meine Voreltern haben den Hammer seit undenklichen Zeiten innegehabt. Wir haben ihn nicht allein verbessert und vergrößert, sondern wir haben ihn, darf ich sagen, eigentlich erst geschaffen und gebaut. Vor hundert Jahren mag es ein winziges Ding, eine jämmerliche Anlage gewesen sein!"

„Aber was geschah dann?" fragte Ermanns.

„Der Alte starb eben."

„Der Teufel holte ihn! Nun, das war das Beste für Sie, denn nun hielten Sie den Hammer!"

„Ich hielt ihn!" antwortete Ritterhausen trocken.

Der Polizeibeamte warf abermals einen eigentümlich forschenden Seitenblick auf den Hammerbesitzer. Dann sagte er gähnend: „Jetzt will ich Sie aber nicht länger belästigen. Da Sie so freundlich waren, mir ein kleines Zimmer einräumen zu lassen, erlauben Sie mir, daß ich mich dorthin zurückziehe. Ich weiß nicht, tut es die außergewöhnliche Anstrengung, die ich mir habe heute zumuten müssen oder ist es Ihr Wein — ich fühle das Bedürfnis, ein wenig zu ruhen."

„Ganz, wie es Ihnen beliebt," versetzte Ritterhausen, indem er die Klingel rührte und der eintretenden Dienerin befahl, den Herrn auf sein Zimmer zu führen.

Als Sibylle nach einer Weile in die Wohnstube trat und den Vater nach dem neuen Gaste frug, antwortete dieser: „Es ist ein Monsieur Ermanns, Angestellter bei der Polizei, der sich hier einquartiert, um von hier aus Untersuchungen über die Mordtat vorzunehmen; aber was der ans Tageslicht bringt, wird wahrhaftig blutwenig sein! Ein gemütlicherer Polizeimensch ist mir nie vorgekommen. Trinken und Schwatzen scheinen ihm viel angenehmere Beschäftigungen, als sich mit Morduntersuchungen zu plagen. Er ist überzeugt, daß der Graf Epaville sich selbst ums Leben gebracht hat — diese Annahme hat auch viel für sich; aber es machte mir doch einen beinahe komischen Eindruck, ihn seine Ansicht verteidigen zu hören, denn er war sicherlich nur deshalb dafür, weil ihm die Sache auf diese Weise die wenigste Scherereei macht. Er ist nach oben gegangen und hat sich aufs Ohr gelegt, um zu schlafen. Du liebe Zeit! Welche Menschen drängen sich heutzutage in Stellen und Aemter, zehren von unsern sauer aufgebrachten Steuern und stehlen dem lieben Herrgott den Tag ab!"

„Wird er den Abend mit uns speisen?" fragte Sibylle.

„Ganz ohne Zweifel. Er wird sicher mit uns speisen und auch trinken! Du kannst deine Anstalten danach treffen!"

Sibylle hatte von dem Hammerschmied, den sie auf die Burg gesendet, noch immer keine Nachricht erhalten. Sie ging bald wieder hinaus in den Garten, wohin ihr Bote kommen wollte, um ihr Bericht abzustatten, sobald er von der Rheider Burg zurück sei. Nachdem sie eine Weile im Garten auf und ab gegangen, sah sie den sehnlich Erwarteten denn auch auf dem Fußwege jenseit des Flusses endlich daherkommen und dann über den Steg schreiten, der über dem Gewässer lag. Unruhig bewegt eilte sie ihm durch das kleine Gartentor entgegen und begegnete ihm auf dem Grasrain, der zwischen dem Garten und dem Flußufer lag.

„Hast du Klaus sprechen können?" fragte sie in beinahe atemloser Hast.

„Ja, Mamsell Ritterhausen."

„Und was sagte er?"

Er sah mich verstört und ängstlich an; der ganze Mensch ist verstört und spricht unsinniges Zeug durcheinander. Als ich von einem Deserteur anfing, rief er, er wisse nichts von einem Deserteur, und ob ich ihn auch ausfragen und ins Verhör nehmen wolle, er sei heute schon genug kujoniert; ich hatte Mühe, ihm verständlich zu machen, daß ich von Ihnen komme und nicht daran denke, ihn zu verraten. Da sagte er endlich, der Deserteur sei ein wunderlicher Gast gewesen, bald sei er im Schloß versteckt, bald fort, draußen im Wald oder der Himmel wisse wo, gewesen und nicht zu Mittag noch zu Abend erschienen. Gestern und heute habe er nichts von ihm gesehen, aber am vorgestrigen Tage habe er ihn gesehen und ihm Abendessen gegeben."

„Also doch!" sagte Sibylle schwer aufatmend, denn diese Mitteilung war nicht geeignet, die Last zu erleichtern, welche auf ihrem Herzen lag. Ich danke dir, Heinrich, und hier hast du etwas zu einem frischen Trunke. Daß du schweigst, brauche ich dir nicht zu empfehlen!"

Damit wandte sie sich und schlüpfte wieder durch das Gittertörchen in den Garten zurück, wurde aber nicht wenig betroffen, als ihr hier, ganz nahe der Umfassungshecke, der Polizeibeamte, Monsieur Ermanns, begegnete. Er begrüßte sie äußerst höflich und sagte: „Mademoiselle Ritterhausen, wenn ich nicht irre..."

„Die bin ich," antwortete Sibylle mit einer kurzen Verbeugung.

„Ich nehme mir die Freiheit, Ihre reizende Besitzung zu besichtigen," sagte der Employé, „ich finde die Lage ganz ausgezeichnet. Wie schön ist dies kleine Flußtal! Wie malerisch! Und wie romantisch blickt das alte Kastell dort von seiner Höhe herab! Wirklich ein beneidenswerter Aufenthalt hier. Wer hier ruhig seine Tage verleben könnte, frei von all den vermaledeiten Amtsplackereien und Dienstscherereien ..."

„Sie würden es den Winter doch nicht aushalten in solcher Einsamkeit," versetzte Sibylle, um auf des höflichen Mannes Reden etwas zu antworten.

„Es käme dann freilich ein wenig auf die Gesellschaft an," erwiderte Monsieur Ermanns lächelnd, „in so guter, wie ich sie hier finde, würde ich einen isländischen Winter hindurch vergnügt sein. Ich liebe das Landleben über alles. Sie erlauben mir ja, daß ich mich ein wenig hier umsehe? Und das Hammerwerk darf ich ja auch wohl betreten? Sie können ganz sicher sein, daß ich keine indiskreten Blicke in Ihre Fabrikationsgeheimnisse werfen werde — ich verstehe nichts davon — aber es interessiert mich, ich habe niemals ein solches Eisenwerk gesehen — und dieser Mann da," fuhr der Fremde auf den Arbeiter deutend fort, der noch immer im Hintergrunde stand, weil er sich scheute, an den Nebenden in dem schmalen Gartenpfade vorüberzugehen, „dieser Mann hat wohl die Gefälligkeit, mich zu führen!"

„Geh mit dem Herrn, Heinrich," wandte sich Sibylle an diesen, „und zeige ihm den Hammer! und dann machte sie dem Employé abermals eine Verbeugung und ging an ihm vorüber dem Hause zu.

„Liebe Leute — die Ritterhausen," wandte sich der Polizeibeamte nun an den Arbeiter mit einem äußerst freundlichen Gesicht, „man freut sich ordentlich, eine so biedere, solide, wohlhabende Frau zu sehen. Es gibt ihrer wenig solche, mein guter Freund, das kann ich Ihm versichern; unsereins hat Gelegenheit, das zu erfahren. Es ist gar viel Schwindel in der Welt, namentlich in Eurer Hauptstadt Düsseldorf, das ist ein gewaltiges Schwindlervölkchen."

„Ja," antwortete der große Hammerschmied gutmütig lachend, indem er neben dem gesprächigen Beamten weiter ging und an der Hecke des Gartens hin den Schmiedegebäuden zuschritt, „das rührt noch aus der Pfälzer Zeit her — die Leute in der Pfalz sind ein lustig Volk und die haben's mit herübergebracht! Und nun die Franzosen drin sind ..."

„Wird es nicht besser werden, meint Er, ehrlicher Mann? — Nun, Er kann wohl recht haben!" versetzte Monsieur Ermanns. — „Ah, da ist ja wohl der Hammer, lauter solide, tüchtig, instandgehalene Gebäulichkeiten — das macht einen andern Eindruck, alles was man hier sieht, als das verkommene alte Haus, die Burg, wie man hier sagt, da droben!"

„Ja, gottlob!" erwiderte Heinrich.

„Ihr waret wohl schon oben, auch im Innern des alten Kastells?"

„Schon manchmal!"

„Wenn ich recht sah, kamt Ihr eben von da herunter. Mamsell Sibylle hatte Euch einen Auftrag gegeben?"

„O das nicht gerade," versetzte der Arbeiter ein wenig verlegen.

„So hatte sie Euch eine Botschaft aufgetragen," fuhr Ermanns fort. „Ihr habt wohl einmal zuhören collen, welche Wendung die Untersuchung nehme und was die Herren, die heute oben waren, zu dem Fall gesagt haben? Man weiß ja, die Damen sind ein wenig neugierig."

(Fortsetzung folgt.)

Kulturbilder aus Litauen.

Die Gewerkschaft, das Organ der Gemeinde- und Staatsarbeiter, erhielt von einem ihrer Leser, einem Berliner Gewerkschaftsmitglied, eine anschauliche Schilderung der Zustände in Litauen. Das betreffende Mitglied, das eine Polizeipatrouille führte, und dessen Tätigkeit sich in erster Linie auf den Sicherheitsdienst richtet und die Zivilverwaltung vorzubereiten hat, schreibt u. a.:

Um in nähere Fühlung mit der Bevölkerung zu kommen, versuchte ich zunächst auf eigene Faust eine Einwohnerliste aufzustellen. Vor allem wollte ich nichts weiter als die Namen und das Alter aller Familienmitglieder feststellen. Dabei ist es nun zu den sonderbarsten Aussprachen zwischen dem mir als Dolmetscher dienenden deutsch sprechenden Gemeindevorsteher und den Einwohnern gekommen. Dem Litauer scheint es bei seinem Namen auf die Richtigkeit nicht genau anzukommen. Hat der Dolmetscher nicht gleich verstanden, so war zehn gegen eins zu wetten, daß bei der zweiten Frage ein anderer Name genannt wurde. Einmal kürzt er seinen Namen ab, ein anderes Mal verlängert er denselben durch den Zusatz von ki und kus oder ka ganz willkürlich. Als Beispiel folgendes: Ein Bauer nennt sich Andruschus; der Name kam mir etwas komisch vor, da ich nicht sicher war, ob er seinen Aufnamen Andra oder Andreas meinte. Ich ließ nochmals fragen und da kam dann Andruschkwitz zum Vorschein. Ein anderer Fall: Ein Bauer nennt sich Jankeleschewitz. Nach einigen Tagen kommt der Mann und will einen Reiseschein und nennt sich Jankelewski. Um nun eine möglichst einheitliche Schreibweise zu haben, sehe ich meine Liste nach; zum Glück hatte ich den Häusern gleich Nummern gegeben, und finde so den Unterschied. Auf meine Frage, warum er sich jetzt anders nenne als bei der Aufstellung der Liste, erklärt er höchst entrüstet: „Das ist nicht wahr, der erste Name ist genau so wie der zweite." Genau so ist es mit den Aufnamen. Am meisten werden Baltrus, Baltruschus, Baltrumäusch und Peter, Petrusch usw. in allen möglichen Variationen genannt und verwechselt. Wandel wird erst eintreten, wenn das hier gesprochene Kauderwelsch einigermaßen gereinigt oder die Schulbildung eine bessere geworden ist.

Wie ich bereits andeutete, wollte ich auch das Alter der Einwohner feststellen. Es ist aber bei dem Versuch geblieben. Kein Mensch, nicht einmal die schon etwas weiter in der Kultur vorgeschrittenen Juden konnten mir genaue Daten angeben! Das ungefähre Alter nannten von 100 Einwohnern höchstens 10 und von den Kindern bis etwa 14 Jahren wußte überhaupt niemand das Alter. Auch bei den jüngsten Kindern war nicht immer, d. h. wenn sie zirka ein halbes Jahr alt waren, das Geburtsdatum zu erfragen. Die meisten Antworten waren dann: „Der Mann war beim Kartoffelnholen" oder: „Ich wollte Schweine füttern," auch: „Der Mann hat gerade Dung gefahren" und ähnliches. ... Es ist auch sonst wirklich die höchste Zeit, daß etwas geschieht, um die Bevölkerung in der Kultur einige Grade vorwärts zu bringen. Diese Möglichkeit liegt nur in der Errichtung von Schulen. Der erste Anfang ist hier gemacht worden — und es war eine besondere Freude, daß ich hierbei mit Rat und Tat mitarbeiten durfte. Besonders möchte ich bemerken, daß die Bevölkerung gern lernen will. Nicht nur die Kleinen, sonern auch die Erwachsenen wollen am Unterricht teilnehmen. Ob der Eifer durchhalten wird, soll dahingestellt bleiben. Zunächst aber ist er vorhanden.

Eine besonders schwere Arbeit war die amtliche Volks- und Viehzählung. Nach dem Vorgesagten wirst Du es verstehen. Nur mußt Du noch bedenken, daß die Leutchens glaubten, wir zählen, um ihnen etwas fortzunehmen. Um nun möglichst wenig Vieh anzugeben, kamen sie auf die sonderbarsten Ideen. Ein Bauer gab eine Kuh als sein Eigentum an: im Stall standen aber vier. Auf meine Frage, wem die anderen gehören, erklärte er mir in einem langen Schwall von Worten: eine seiner Frau, eine seinem ältesten, die letzte seinem zweiten Sohne. Im genaue Feststellungen zu treffen, ließ ich die Sprößlinge antreten und siehe da, es waren ihrer acht im Alter von ¼ bis 10 Jahren. Nun glaubte der Schlauberger bestimmt, gegen jede Requisition sicher zu sein. Und da behauptet Ihr noch, der Russe ist dumm?

Noch eine zweite größere Arbeit muß ich erwähnen: die Volksimpfung. Der Gesundheitszustand ist hier wohl nicht schlechter als in den anderen Bezirken; aber es waren einige Fälle echter Pocken vorgekommen; deshalb wurde eine allgemeine Impfung festgesetzt. Die Bevölkerung glaubte wohl, daß auch bei uns, ähnlich wie früher bei den Russen, eine Kontrolle nicht geführt wird. Sie kam daher nur spärlich. Als aber die Geimpften erzählten, daß alle notiert werden und die nicht Erschienenen Strafe zahlen müssen und doch geimpft würden, kamen alle. Vier Tage dauerte die Impfung, es waren zirka 2000 Personen; o jeh! war das eine Arbeit. Ich war Listenführer; nun kannst Du Dir denken, unter welchen Schwierigkeiten und noch welchem Frage- und Antwortspiel es mir oft erst gelang, die richtigen Namen festzustellen. Na, auch der Schmerz ist vorüber und wir leben jetzt in etwas ruhigerer Zeit. Unsere größte Arbeit zurzeit ist, die Bevölkerung zur Sauberkeit und Reinlichkeit zu erziehen. Erziehen im wahrsten Sinne des Wortes. Wie groß hier der Schmutz in den Wohnungen und auf der Straße ist, davon habt Ihr daheim keine Ahnung. Zunächst mag die Andeutung genügen, daß wir um seit drei Monaten bemühen, damit sich die Bewohner notdürftige Klosetts einrichten, um die Schmutzereien auf der Straße, auf den Höfen oder hinter dem Hause zu verhindern. Aber gerade bei unseren Knordnungen stoßen wir auf sehr viel Widerstand. Lieber zahlt der Litauer Strafe, als daß er sich ein „kleines Häuschen" baut. Oder (und das kommt nicht nur bei dieser Sache vor, er versucht es bei allen möglichen Gelegenheiten) er will uns mit einigen Rubeln bestechen. Nun ist ja in dieser Richtung bei uns nichts zu machen, aber schon mehrmals bedurfte es einer unzweideutigen Handbewegung, um den oft geradezu Aufdringlichen los zu werden. Hier Bildungsarbeit zu verrichten, wird sehr lohnend werden, aber es wird viel Mühe und Geduld erfordern, bevor die Bevölkerung selbständig wird und sich selbst erziehen kann.

Kampffelder östlich Ypern's.

Von einem in ihrer Druckerei beschäftigt gewesenen Schriftsetzer erhielt die Dresdener Volkszeitung folgenden Feldpostbrief:

Von Moorslede gelangt man nach einer Stunde Weg an das Straßenkreuz von Zonnebeke. Um dieses Straßenkreuz haben erbitterte Kämpfe stattgefunden, deren beredtes Zeugnis der hier angelegte Friedhof der gefallenen Kämpfer ist. Weit über 1000 Gräber sind in langen Reihen aneinander gereiht. Ein schlichtes Holzkreuz mit dem Namen des Gefallenen ziert jedes. Oft liest man aber auch die Inschrift: Hier ruht ein unbekannter deutscher Held. Unter den vielen Inschriften fallen uns auch die auf: Hier ruht ein englischer Soldat, oder: Hier ruht ein unbekannter französischer Offizier. Kein äußeres Merkmal ist an dem Grabhügel des Feindes zu entdecken, nur die Inschrift auf dem Kreuze sagt aus, daß hier Freund wie Feind friedlich beieinander liegen.

Das Straßenkreuz verbindet die Orte Passchendaele—Zonnebeke—Becelaere und Moorslede—Zonnebeke—Ypern. Von dem hochgelegenen Punkte sieht man am Horizont die Türme Yperns auftauchen. Damit erklärt sich, warum um dieses Straßenkreuz so blutige, erbitterte Kämpfe geführt wurden. In einigen Minuten erreicht man die Ortschaft Zonnebeke, die etwas tiefer liegt, sie hat in den Kriegswirren arg leiden müssen. Da steht links von der Straße die Gasanstalt, die Kirche, das Schlößchen; sie haben den Tod und Verwüstung bringenden Granaten nicht standzuhalten vermocht. Schutt- und Steinhaufen sind die Zeugen einst gewesener Pracht. Von den stattlichen Wohnhäusern ist eins mehr zerstört als das andere. Was nicht den Granaten zum Opfer fiel, ist unter den Einflüssen der Witterung zusammengestürzt. Die Hauptstraße entlang gewahrt man rechts ein ehemaliges Kloster, das Stift der Heiligen Brüderschaft, das nur noch zur Hälfte steht und jeden Augenblick einzustürzen droht. Nachts treiben in den öden, toten Ueberresten menschlicher Arbeit Ratten und Mäuse in erschreckender Zahl ihr unheimliches Spiel.

Wir überschreiten die Bahnlinie Roulers—Ypern. Die Straße steigt ein wenig an und bald sind wir auf der Höhe von Frezenberg, ein knappes halbes Stündchen von der ersten Linie entfernt. In vielen, unzähligen Windungen zieht sich der Laufgraben dahin, und es ist manchmal schwer, besonders nachts, auf der schmalen Laufbrettern das Gleichgewicht zu behalten. Tritt man einmal daneben, so kann es passieren, daß man bis an die Knie in den angelegten Wasserablaufrinnen und Wasserlöchern versinkt. Von verschiedenen Stellen aus gewahrt man die von der Sonne hellbeschienenen Türme Yperns. Besonders hervorstechend den Turm der berühmten Tuchhalle und der Martinskirche. Sie nehmen sich von der Ferne aus wie ein Kreidemodell.

In dem Gewirr der Gräben muß man sich auskennen, wenn man sich nicht verlaufen will. Die Gräben sind alle gut ausgebaut und werden Tag für Tag gesäubert. Schadhafte Stellen, durch einschlagende Granaten oder andauerndes Regenwetter verursacht, werden sofort wieder ausgebessert. Im Gefechtsgraben werfen wir einen Blick durch verschiedene Schießscharten, durch die wir die vielgenannte Stadt Ypern besonders günstig sehen. Nur noch ein reichliches Viertelstündchen trennt uns von ihr. Sie liegt etwas in einer Senkung. Durch das Fernglas erkennen wir deutlich einzelne zerschossene Häusergruppen und Straßenzüge. Die langgestreckte Tuchhalle, in der einst eifriges, geschäftiges Leben geherrscht, wird wohl der Tummelplatz Tausender von Ratten sein. Trotz der unzähligen Granaten, die die Stadt heimgesucht, ist doch vieles noch erhalten. Die Engländer wollen aus strategischen Gründen die Stadt niederlegen. Ob es ihnen dadurch gelingen wird, ihre Stellung zu festigen und zu verbessern, ist fraglich. Jedenfalls können sie dann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, eine belgische Stadt mehr dem Erdboden gleichgemacht zu haben.

Wir wenden uns im Graben nach rechts und gelangen in das kleine, zerschossene Dörfchen Verlorenhoek. In der Schmiede ist ein Steinbrunnen, der lange Zeit den Bewohnern der Unterstände zum Wasserentnehmen diente. Die Feldsoldaten holten täglich, in den frühesten Morgenstunden, hier ihr Wasser, um sich Kaffee zu kochen. Heute ist das nicht mehr nötig; durch unablässige Arbeit ist es gelungen, bis in die Reservegräben Wasserleitung zu legen.

Auf dem Rückweg kommen wir an verstreut umher liegenden Gütern vorbei, die alle mehr oder weniger zerschossen sind. Zur besseren Orientierung für die Feldgrauen sind sie zumeist mit Namen belegt, wie Kaffeegut, Strohgut, Quergut, Granatenhof, Marienhütte, Pfingstmorgengut usw.

Am Bahnhof Passchendaele, das Dorf mit seinen Ruinen links liegen lassend, betreten wir die Straße nach Moorslede, dem noch größtenteils gut erhaltenen Orte. Die Kirche mit ihrem markanten Turm ist weithin sichtbar und dient heute den deutschen Truppen als Feldlazarett. Moorslede, ein hübscher Marktflecken, der seit anderthalb Jahren bis auf ein paar Nonnen, nur Männer beherbergt, besitzt neben einem Soldatenheim mit Kino, Schreib-, Lese- und Spielzimmer auch eine deutsche Buchhandlung, in der man die neuesten Ausgaben der bedeutendsten Tagesblätter, schöne Literatur, Künstlerpostkarten und so weiter erstehen kann. Trotzdem vielen Feldgrauen Moorslede bereits eine „zweite Heimat" geworden, möchten wir sie doch zu gern mit der wirklichen Heimat eintauschen.

Kleines Feuilleton.

Kräftiger Beifall.

Im Hetmgarten erzählt Peter Rosegger: Auch dem Hofschauspieler Lewinski soll es also auf dem Gastspiel in einer ungarischen Landstadt einmal ähnlich ergangen sein wie jenem Mimen der Schmiere, dessen künstlerischen Erfolg ich einst persönlich miterlebt habe. Gelegentlich eines Biehtriebes war ich von Alpel nach Birkfeld gekommen. Dort wurden auf dem Heuboden des Wirtes Die Räuber aufgeführt von einer Wandertruppe. Ich war unter den ländlichen Zuschauern und teilte die Empörung über den schandbaren Erzbösewicht Franz Moor. Im Laufe des Stückes hob sich über den Köpfen manche Faust gegen die Bühne: „Na wart, Galgenstrid!" — Und als die Vorstellung zu Ende war, warteten unser etliche Burschen hinter dem Stadtor, bis die gräßliche Kanaille herauskommen würde. Sie kam spät, aber sie kam; wir erkannten sie kaum, so sehr hatte sie sich verändert zu einem ärmlich gekleideten, blassen, gutmütig dreinschauenden Jüngling. Aber das war nur Verstellung und einer von uns rief: „Kos auf ihn, er ist es!" — Bald war der Bösewicht umringt und auf seinen rundlichen Abschiede klatschten ein halb Dutzend flache Hände.

Bald war es vorüber, wir liefen lachend davon und der Komödiant lachte auch. Schließlich war dieses Händeklatschen doch ein Beifall, wenn auch einer eigener Art. — Zwanzig Jahre später habe ich denselben Schauspieler in Leoben wieder gesehen; er gab komische Väter. Ob er in diesem Fache jemals einen so ausgiebigen Erfolg errungen hat wie damals als Intrigant — ich weiß es nicht. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191605 24-12/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 24. Mai 1916.

Knappschaftskasse, Kriegsteilnehmer und Angehörige.

Vom Hallischen Knappschaftsverein werden wir gebeten, einmal zusammenfassend mitzuteilen, welche Ansprüche sich aus der Knappschafts-Mitgliedschaft der zum Kriegsdienst Eingezogenen ergeben:

Für die Eingezogenen selbst heißt es: 1. Die Eingezogenen scheiden — wenn nicht Beiträge für sie als Weiterversicherte gezahlt werden — aus der Krankenkasse aus und haben daher grundsätzlich keinen Anspruch auf ärztliche Hilfe und Krankengeld. — 2. Sie scheiden auch aus der Pensionskasse aus, behalten aber ihre Anwartschaft auf Knappschaftspension und steigern sie um die im Kriegsdienst verbrachte Zeit; sie erwerben jedoch keine Anrechte für Frau und Kinder, wenn sie erst nach dem Ausscheiden heiraten. Anerkennungsgebühren oder Beiträge brauchen sie nicht zu zahlen. — 3. Wer durch Krankheit, Verwundung oder Unfall für seinen bisherigen Beruf dauernd unfähig geworden ist, hat Anspruch auf die satzungsmäßige Knappschaftspension, wenn er die Wartezeit erfüllt hat. — 4. Ist er darüber hinaus auch für jeden andern Erwerb dauernd unfähig (reichsinvalide) geworden, so hat er außerdem Anspruch auf die Reichs-Invalidenrente, wenn er die Wartezeit erfüllt hat. Reichsinvalidenrente erhält auch, wer zwar nicht dauernd, aber länger als 26 Wochen invalide ist, bis er wieder erwerbsfähig wird. — 5. Militärpensionen werden weder auf die Knappschaftspension noch auf die Invalidenrente angerechnet. — 6. Anträge sind an den Knappschaftsverein zu richten, dem der Kriegsteilnehmer zuletzt angehört hat. — 7. Wegen eines Heilverfahrens haben sich die Eingezogenen, solange sie nicht endgültig entlassen sind, an die Militärbehörden zu wenden. — 8. Diejenigen früheren Knappschaftsmitglieder, die bis zu ihrer Einziehung zum Heeresdienste in Bergwerksbetrieben im Bezirke des Hallischen Knappschaftsvereins beschäftigt waren, können ohne ärztliche Untersuchung wieder zur Arbeit eingestellt werden, wenn sie nach ihrer Heimkehr vom Heeresdienste alsbald die Bergarbeit wieder aufnehmen. Diese Bestimmung bezieht sich auch auf Kriegsbeschädigte. Die vom Heeresdienste Zurückkehrenden treten also ohne weiteres in diejenige Mitgliedergruppe (Krankenkasse oder Pensionskasse) zurück, der sie bis zu ihrer Einberufung angehörten.

Für die Familienangehörigen wird gewährt: 1. Frauen und Kinder unter 15 Jahren erhalten als freiwillige Leistung in satzungsmäßigem Umfange Krankenunterstützung, bestehend in freier ärztlicher Behandlung durch den zuständigen Knappschaftsarzt, freier Arznei, in besonderen Fällen auf den Antrag des Knappschaftsarztes auch Krankenhauspflege. Bei ihrem Tode wird Sterbegeld gezahlt. — Beide Leistungen sind freiwillig. Aber ein gesetzlicher Anspruch auf Krankenhilfe und Sterbegeld besteht nicht. — 2. Die Ehefrauen erhalten bei Entbindungen eine besondere Kriegswochenhilfe, bestehend in einem Beitrag zu den Kosten der Entbindung, Wochengeld für acht Wochen und — wenn sie das Kind selbst stillen — ein Stillgeld bis zur Dauer von 12 Wochen. — 3. Anträge sind an den Knappschaftsältesten zu richten.

Für die Hinterbliebenen gilt folgendes: 1. Die Hinterbliebenen haben Anspruch auf Sterbegeld für den verstorbenen Kriegsteilnehmer, wenn für ihn Beiträge zur Krankenkasse weiter gezahlt worden sind. — 2. Voraussetzung für alle Knappschaftlichen und reichsgesetzlichen Leistungen ist, daß die Wartezeiten erfüllt sind. — 3. Witwen erhalten vom Todestage des Mannes ab die Knappschaftliche Witwenpension, falls die Ehe geschlossen worden war, bevor der Mann aus der Pensionskasse ausschied. Ist eine Witwe dauernd erwerbsunfähig, so erhält sie außerdem die reichsgesetzliche Witwenrente. Ist sie nicht dauernd, aber länger als 26 Wochen erwerbsunfähig, so erhält sie die Witwenrente, bis sie wieder erwerbsfähig wird. Hat die Witwe selbst aus eigener Versicherung Anwartschaft auf eine Invalidenrente, so hat sie kein Anrecht auf eine Witwenrente; sie erhält dafür als einmalige Abfindung das Witwengeld. Der Anspruch darauf muß aber innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Mannes erhoben werden. — 4. Waisen erhalten vom Todestage des Vaters ab die knappschaftlichen Erziehungsbeihilfen, falls die Eltern geheiratet hatten, bevor der Mann aus der Pensionskasse ausschied. Außerdem erhalten sie die reichsgesetzlichen Waisenrenten. Waisen, deren Mutter selbst versichert ist, erhalten bei Vollendung des 15. Lebensjahres eine einmalige Waisenaussteuer, wenn die Mutter zu diesem Zeitpunkt die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat. — 5. Vermißte Kriegsteilnehmer, von denen während eines Jahres keine glaubhaften Nachrichten eingegangen sind, gelten als verschollen und tot, der Knappschaftsverein stellt den Todestag nach billigem Ermessen fest. Ihre Angehörigen haben die gleichen Ansprüche wie Hinterbliebene (Nr. 2 bis 4), sie sind aber verpflichtet, von jeder Nachricht, die sie über den Vermißten erhalten, dem Knappschaftsverein sofort Kenntnis zu geben. — 6. Militärpensionen werden auf die Hinterbliebenenbezüge nicht angerechnet. — 7. Anträge sind an den Knappschaftsverein zu richten, dem der Verstorbene oder Vermißte zuletzt angehört hat.

Kleiderbezugskarte.

Von einer maßgebenden Bekleidungsfirma wird mitgeteilt: „In den nächsten Wochen wird die sogenannte Kleiderbezugskarte eingeführt werden, und zwar fällt für die Herren-Konfektionsbranche sämtliche Kinder-, Knaben- und Jünglingskleidung ohne Ausnahme darunter. Für die Herrenkleidung sind nur die teuren Preislagen, was Anzüge und Paletots anbelangt, freigegeben. Es ist hierbei eine Grenze von zirka 75 Mk. festgesetzt. Sämtliche Lüster-, Leinen-, Loden- und Berufskleidung ist nur gegen Bezugsschein zu kaufen. Darüber, wer diese Bezugsscheine aushändigen wird, ist man sich noch nicht ganz einig; ob dafür Handelskammern, Krankenkassen oder derartige Einrichtungen in Frage kommen, weiß man noch nicht. Auch die Menge der einem jeden zuzuerteilenden Kleidungsstücke ist noch nicht bekannt.

Man sieht aus dieser Maßnahme wieder die weitsehende Organisation der obersten Behörde, welche, nachdem nunmehr der Heeresbedarf an Uniformstücken gedeckt ist, auch für die genügende Menge Zivilkleidung Vorsorge trifft, indem durch diese Maßnahme die liegenden Vorräte gestreckt werden."

Hallenser in den Verlustlisten.

In den Verlustlisten 529 bis 584 sind als in Halle und seinen Vororten geboren verzeichnet:

Preußische Verlustliste Nr. 529. 6. Garde-Infanterie-Regiment Nr. 6: Wilhelm Hiller schw. verw. — Infanterie-Regiment Nr. 41: Paul Zickenroth l. verw. — Infanterie-Regiment Nr. 50: Gefr. Hermann Pansegrau aus Giebichenstein l. verw., bei der Truppe. — Infanterie-Regiment Nr. 53: Alfred Langer l. verw. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 73: Willi Osmald l. verw., bei der Truppe. — Füsilier-Regiment Nr. 80: Gefr. Karl Dorenberg l. verw., bei der Truppe. — Infanterie-Regiment Nr. 162: Willi Richter aus Giebichenstein gefallen. Fritz Gerhardt schw. verw. — Infanterie-Regiment Nr. 176: Otto Gargaret l. verw. — Reserve-Regiment Nr. 202: Gefr. Karl Freitag abermals, und zwar l. verw. Willi Hapke gefallen. Hornist Johann Mroczek gefallen.

Preußische Verlustliste Nr. 530. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 22: Max Tübben gestorben infolge Krankheit. — Infanterie-Regiment Nr. 62: Gefr. Gustav Guttschalk aus Giebichenstein l. verw. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 66: Max Koch III bish. verm., verw. Franz Nitzer bish. verm., gestorben in Gefangensch. — Infanterie-Regiment Nr. 87: Oskar Winkelmann verm.

Sächsische Verlustliste Nr. 281. Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 12: Willi Grassel l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 531. Infanterie-Regiment Nr. 30: Unteroffiz. Otto Vogel aus Giebichenstein l. verw. — Infanterie-Regiment Nr. 27: Paul Seifarth bish. verw., in Gefangenschaft. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 89: Leutn. d. L. Ernst Schwetschke nicht verw., sondern krank im Lazarett. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 207: Kurt Dombrowe verm. — Albert Liedicke verm.

Preußische Verlustliste Nr. 532. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 2: Franz Metz l. verw., b. d. Truppe. — Grenadier-Regiment Nr. 12: Werner Hanke l. verw. — Infanterie-Regiment Nr. 26: Wilhelm Ketter schw. verw. — Infanterie-Regiment Nr. 72: Karl Eichhorn l. verw. Albert Heinrich aus Giebichenstein gefallen. Gefr. Walter Britting l. verw., bei der Truppe. — Infanterie-Regiment Nr. 361: Willi Gäll l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 533. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 264: Albert Schulze l. verw. Gefr. Karl Röder l. verw. Unteroffiz. Kurt Rathmann verl.

Preußische Verlustliste Nr. 534. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 11: Oskar Kreer verm. Hermann Optz verm. — Füsilier-Regiment Nr. 36: Oskar Greve bisher verm., in Gefangensch. Tambour Karl Krüger l bish. verm., erkrankt. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 86: Gefr. Paul Braune aus Giebichenstein bish. schw. verw., gestorben. Hermann Illig bish. verm., in Gefangensch. Joseph Jaßzinzek bish. verw., in Gefangensch. Schmidt bish. verw., in Gefangensch. Wilhelm Hoffmann aus Trotha bish. verm., in Gefangensch. Otto May bish. verw., in Gefangensch. — Infanterie-Regiment Nr. 41: Paul Schurig aus Giebichenstein schw. verw. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 84: Ernst Werner aus Giebichenstein l. verw. — Infanterie-Regiment Nr. 99: Gefr. Hermann Rumpf verw. — Infanterie-Regiment Nr. 153: Walter Teuerkauf l. verw., bei der Trupp. Kurt Grohhans l. verw. — Leutn. Paul Paul l. verw. — Kürassier-Regiment Nr. 7: Hermann Lohmann bish. verm., in Gefangensch. — Pionier-Regiment Nr. 18: Fahnenj. Unteroffiz. Gerhard Henze l. verw., bei der Truppe. — Pionier-Regiment Nr. 30: Max Schmidt schw. verw. — Minenwerfer-Kompagnie Nr. 241: Reinhold Mors gefallen, gem. v. Ersatz-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 21.

Wehrmannsdeutsch.

Der Kölner Lokal-Anzeiger (Nr. 140) veröffentlicht ein längeres Gedicht aus dem Felde: An die Lebensmittelwucherer. Es beginnt mit diesen Versen:

Die den Ernährer in das Feld gegeben.
Die haben nichts zu essen, nichts zu leben
Als trocken Brot, Kartoffeln, etwas Salz,
Es fehlen Butter, Fleisch und Schmalz.
Warum? Weil hinterlist'ger Wucher wird getrieben
Und doppelt groß Verdienst jetzt wird geschrieben.

Sagt, ist das recht? Sagt, ist das deutsche Art,
Daß einer alles opfert, was er sich erspart?
Und daß er kaum sich seinen Hunger stillt,
Während der andere doppelt sich die Taschen füllt?
Nein, recht ist's nicht! Nein, es ist eine Schande,
Der Teufel hole euch, ihr Wucherbande! . . .

Der Zornesruf des Wehrmanns beweist, wie verfehlt die Predigten sind, die uns durch Hinweise auf die Entbehrungen der Volksgenossen in den Schützengräben beruhigen wollen. Es ist so, wie wir immer gesagt haben: Draußen ist die Erbitterung über die Ausplünderung des Volkes noch größer als in der Heimat.

* **Auf der Suche nach Hamstern.** Wie in Dessau so wird jetzt auch in Leipzig nach Mitteilungen von Amtspersonen eine Prüfung nach den Hamsterlagern vorgenommen und wenn sie abgeschlossen ist, so wird man über das Ergebnis wohl näheres erfahren. Es ist doch kaum anzunehmen, daß das Ergebnis im Amtsbundel irgendeiner Ratsabteilung vermodern soll. Die Oeffentlichkeit hat überall ein sehr starkes Interesse daran zu erfahren, welche Mengen von Lebensmitteln in den privaten Haushaltungen aufgestapelt sind und welche Mengen bei den Verkäufern und Händlern. Auch über die Bestandserhebungen Mitteilung in irgendeiner Form zu machen, wäre erwünscht. Aber in Halle hört man von derlei Untersuchungen bisher absolut nichts.

* **Städtischer Margarineverkauf.** Der Verkauf der von der Stadt übernommenen Margarine beginnt am Freitag. Nähere Bekanntmachung folgt morgen.

* **In der weiblichen Abteilung des Städtischen Arbeitsamtes** ist, wie der Magistrat mitteilt, eine Berufsberatungsstelle eingerichtet worden. Es wird gebührenfreie Auskunft erteilt über Ausbildung, Aussichten und Arbeitsgelegenheit in allen weiblichen Berufen höherer wie einfacherer Art. Die Berufsberatungsstelle vermittelt gleichzeitig Stellen für höhere, insbesondere kaufmännische Berufe, außerdem Lehrstellen. Die weibliche Abteilung des Arbeitsamtes befindet sich Leipziger Straße 16 (Eingang Gr. Sandberg). Die Sprechstunden der Beratungsstelle sind täglich 10 bis 12 Uhr, 4 bis 6 Uhr (außer Sonnabend nachmittags).

* **Unzuverlässige Händlerin.** Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915, betr. die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, ist der Frau Anna Krüger in Halle (Saale), Mitte-Straße 5, bis auf weiteres der Handel mit Käse untersagt worden. — Die Ursachen, die zu diesem Eingreifen führten, sind leider nicht mitgeteilt.

* **Schuhmacher,** die freigegebenes Bodenleder beziehen wollen, müssen das beim Innungsobermeister anmelden. Näheres ist aus einer Anzeige in der heutigen Nummer unseres Blattes zu ersehen.

* **Geflügelfutter** stellt der Hallische Geflügelzüchterverein auch Nichtmitgliedern bedingungsweise zur Verfügung. Der Verkauf findet vom Donnerstag, den 25. Mai, bis Freitag, den 2. Juni, bei Julius Kegel, Steinweg 58, statt. Jedes Pfund kostet 30 Pf., doch werden an ein und denselben Käufer höchstens zehn Pfund abgegeben, unter der Bedingung, daß jeder Käufer für je ein Pfund Geflügelfutter ein frisches Ei abliefern muß, wofür ihm 20 Pf. gezahlt bezw. in Anrechnung gebracht werden. Eier unter 50 Gramm werden nicht angenommen. Tüten oder Beutel sind mitzubringen, andernfalls wird der Verpackstoff berechnet. Die angesammelten Eier werden im Einvernehmen mit dem Magistrat diesem zum Verkauf an die minderbemittelten Einwohner überwiesen.

* **Der Regenmangel** übt auf die in Aufsicht stehende Obsternte einen recht ungünstigen Einfluß aus. Ein sehr gefährlicher Schädling ist der Blattwickler, dessen Larven zu Tausenden die Bäume befallen, mit ihrem Gespinnst die Blätter zusammenrollen, die dann absterben und verdorren. Die Folge ist, daß die in der Entwicklung begriffenen Früchte, ihres natürlichen Schutzes beraubt, ebenfalls verwelken und abfallen. Bis jetzt haben die gefährlichen Räuber hauptsächlich Zwetschen- und Apfelbäume heimgesucht. — Das Sommergetreide, vornehmlich Hafer und Gerste, ist auch noch ziemlich weit zurück. Roggen und Weizen haben sich aber sehr gut entwickelt. — Das neugepflanzte Gemüse muß sehr fleißig angegossen werden, weil es ihm ebenfalls an Regen fehlt.

* **Zur Sicherung der Obsternte.** Es wird immer und immer darauf hingewiesen, die Obsternte nutzbar zu machen. Da sollte man vor allen Dingen auf Bekämpfung der gerade in diesem Jahre in unserer Gegend so furchtbar auftretenden Raupenplage bedacht sein. Man sieht ganze Bäume vollständig kahlgefressen, andere angegangen und viele mit Raupennestern „geschmückt". Es sei ja zugegeben, daß viel berufene „Hände" dem Völkermord dienstbar gemacht sind; aber trotzdem sollten Mittel und Wege gesucht werden, zu retten, was noch zu retten ist. Der Apfelstecher dürfte sich besonders, infolge der anhaltenden Trockenheit, in starkem Maße bemerkbar machen, wie manches andere Ungeziefer auch. Wer Augen hat zu sehen, kann es vielerwärts sehen, daß viel Obst zugrunde gehen wird. Geht nur die Merseburger Chaussee entlang bis Ammendorf; das genügt. Und anderswo wird es das gleiche sein.

* **Selbstmord.** Eine [illegible] Frau hat sich in der kleinen Mühlstraße belegenen Wohnung erhängt aufgefunden. Die Leiche wurde dem Nordfriedhofe zugeführt.

* **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum 24. d. M. wurden von einem Polizeisergeanten auf dem Dessauer Wege zwei Männer festgenommen, die einen Reisekorb und einen Rucksack voll Schinken, Speck, Wurstdaraen und verschiedene andere Lebensmittel bei sich trugen. Da die Sachen von einem Einbruchsdiebstahl herrührten, wurden die Männer verhaftet.

Nietleben. Auszeichnung für dreifache Lebensrettung. Dem Feldwebel Ludwig vom Ersatzdepot Nietleben wurde die Silberne Rettungsmedaille am Bande verliehen und ihm am 23. Mai durch Major Hofmann überreicht. Am 1. März rettete Feldwebel Ludwig bekanntlich mit eigener Lebensgefahr drei Kinder aus Nietleben vor dem Tode des Ertrinkens.

Osendorf. Die Gemeindeküche hat gestern ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Zuspruch war groß. Die Anmeldungen für die gewünschten Mengen Essen, welche zwei Tage vorher im Gasthofe zum Dreierhaus zu erfolgen haben, wo auch das Essen für 35 Pf. pro Liter in Empfang genommen wird, waren so groß, daß bereits am Sonnabend 786 Portionen angemeldet waren. Die Verabfolgung des Essens beginnt von 10½ Uhr vormittags an. Die Kücheneinrichtung befindet sich in den Räumen der Fleischerei von Laube in der Richard-Wagner-Straße und entspricht allen Anforderungen. In drei großen Kesseln werden die Speisen zubereitet.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Geheimnisse der Kriegswurst.

Die unerquicklichen Verhältnisse auf dem Fleischmarkte haben recht häßliche Erscheinungen gezeitigt. Fast jede Schöffengerichtssitzung hat sich mit verdorbener Wurst zu befassen. Es ist ja selbstverständlich, daß die Wurst nicht mehr den Anforderungen der Friedenszeit entsprechen kann. Oft mag es beim „Genuß" von Wurst notwendig sein, Geruchs- und Geschmacksnerven zu „dämpfen" und sich mit dem seltsamen Geschmack abzufinden, da solche Wurst noch nicht ungenießbar im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes zu sein braucht. Wie gut man aber tut, wenn man im Verbrauch solcher Wurst äußerst vorsichtig ist und sie genau prüft, zeigt folgender Vorfall, bei dem in Leberwürsten Fleischgift gefunden wurde.

Eine Frau hatte in der Fleischerei Kuhnt, Geiststraße, ein halbes Pfund Leberwurst geholt. Als sie nach Hause kam und ihren hungernden Kindern eine Freude mit dem Wurstaufschnitt machen wollte, weigerten sich die Kinder, die übelriechende Wurst zu essen. Als die Mutter kostete, zog ihr die Wurst den Mund zusammen. Sie war glücklicherweise klug genug und kratzte den Kindern die aufgestrichene Wurst wieder herunter. Dadurch hatte sie schlimmes verhütet. Wie sich bei der Untersuchung, die die Frau veranlaßte, herausstellte, enthielt die Wurst den gefährlichen Fleischgiftbazillus. Schlimmer erging es einer anderen Frau, die sich auf den Wurstgenuß gefreut hatte. Sie würgte von der gekauften Leberwurst eine bestrichene Brotschnitte herunter und erbrach sich dann mehrere Male. Es war ihr längere Zeit sehr übel. Da es sich um zu gleicher Zeit gekochte Wurst handelte, ergab sich bei der Untersuchung das gleiche Bild.

Jetzt hatte sich Frau Kuhnt und ihr Geselle zu verantworten. Beide bestritten, irgendetwas verschuldet zu haben. Frau K. will nichts von der schlechten Beschaffenheit der Wurst gewußt haben. Die Wurst sei ganz frisch gewesen. Der Geselle gibt an, daß er die Wurst vorschriftsmäßig und sauber zubereitet habe. Es sei Darmfett und Gekröse sowie Kalbs- und Rinderleber verwendet worden. Die Leber sei ungebrüht gewesen.

Der Sachverständige erklärt, daß es sich um einen Fehler bei der Herstellung handeln müsse. Jedenfalls habe zwar die Wurst noch keinen verdorbenen Zustand gezeigt, sie sei nur verdächtig gewesen. Die nähere Untersuchung habe dann die Verseuchung mit dem gefährlichen Bazillus ergeben.

Eine Zeugin betont, daß sie die Sache habe im guten erledigen lassen wollen. Frau K. habe jedoch gesagt, jetzt könne man keine Delikatesswurst anfertigen, dafür sei Krieg. Sie nehme die Wurst nicht zurück. Die Verhandlung mußte vertagt werden, um festzustellen, ob Frau K. gewußt habe, daß schon eine Käuferin mit Wurst zurückgekommen sei, um sie umzutauschen.

Der Vorfall zeigt, wie vorsichtig man jetzt in der wärmer werdenden Jahreszeit beim Genuß von Leberwurst sein muß. Bei verdächtiger Wurst wende man sich sofort an das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt.

In einem weiteren Falle sollte das Schöffengericht gestern das Geheimnis der Siedewürstchen aufklären. Um der Lebensmittelknappheit auf dem Wurstmarkt abzuhelfen, scheint sich der Fleischer Knopf veranlaßt gesehen zu haben, Siedewürstchen auf den Markt zu bringen, die nicht weniger als 92 bis 89 Prozent Wasser enthielten. Außerdem verkaufte er ganz minderwertige Leberwurst zum Höchstpreise. Es ließ sich nicht feststellen, daß durch den Genuß dieser Wurst etwas passierte sei. Jedenfalls wird aber Herr K. ein gutes Geschäft gemacht haben. Um ihm das einigermaßen zu verfalzen, verurteilte ihn das Schöffengericht zu hundert Mark Geldstrafe.

Allerlei.

Bankrachs in der Schweiz. Von 1910 bis zum Kriegsausbruch 1914 sind in der Schweiz nicht weniger als 50 Bankunternehmungen zusammengebrochen, wodurch die Aktionäre, öffentliche Körperschaften und Genossenschaften um 58½ Millionen Frank, die Bankgläubiger um 50 Millionen Frank, zusammen um 112½ Millionen Frank geschädigt wurden. Gerade gegenwärtig spielt sich ein solcher Bankprozeß vor dem Gericht im Kanton Tessin ab. Der Bundesrat bereitet ein Gesetz für die Beaufsichtigung der Banken vor.

Ein siebenjähriger Lebensretter. Eine mutige Tat hat der 7 Jahre alte Sohn Kurt des Stellenbesitzers Riecki in Schönau bei Glogau vollbracht. Seine etwa dreijährige Schwester Margarete war beim Spielen in den tiefen Dorfteich gefallen. Kurz entschlossen entledigte sich der Knabe seines Jackets und sprang ins Wasser. Er verwachte das bereits untergetauchte Kind an den Haaren zu fassen, und mit Aufbietung seiner Kräfte gelang es dem Jungen, seine Schwester noch lebend an das Land zu bringen.

Zwei Polizisten von einem Einbrecher erschossen. In Zoppot sind in der Nacht vom Montag zum Dienstag zwei Schutzleute von einem Einbrecher ermordet worden. Sie wurden, nachdem sie den Einbrecher zur Wache gebracht hatten, in der Wachtstube erschossen aufgefunden. Der Täter ist entflohen.

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei: Karl Boch; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Jogal

Rasch und sicher wirkend bei:
Gicht Hexenschuss
Rheuma und Nerven-
Ischias Kopfschmerzen

Ärztlich glänzend begutachtet. Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch wird jeden von der Vorzüglichkeit des Präparates überzeugen. Togal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis pro Packung 3,50 Mk. Probepackung 1,40 Mk. *217

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160524-12/fragment/page=0006